

**Hamburg braucht den Wechsel**

**Programm**

**der Hamburger CDU  
für die Bürgerschaftswahl**

**1986**



MF 2210 HAM



MF 2210 HAM

I N H A L T

	<u>Seite</u>
Vorwort	1
Finanzpolitik	9
Arbeitsplätze und Wirtschaft	13
Medien	23
Hafenpolitik	24
Schule	27
Umweltpolitik	38
Energiepolitik	47
Innere Sicherheit	49
Bezirksreform	52
Justizpolitik	55
Sozial- und Gesellschaftspolitik	56
Wohnungen und Stadtentwicklung	72
Verkehrspolitik	75
Gesundheitspolitik	78
Sportpolitik	81
Kulturpolitik	83

Impressum: Herausgeber:  
Christlich-Demokratische Union  
Landesverband Hamburg e.V.  
Leinpfad 74  
2000 Hamburg 60

Hamburg hat eine lange und große Geschichte. Viele Generationen, bedeutende Frauen und Männer aus allen Schichten und Ständen haben die Stadt zu dem gemacht, was sie heute ist: Eine bedeutende Hafen- und Handelsstadt, ein wichtiges Zentrum der Industrie, eine kulturelle und wissenschaftliche Metropole und nicht zuletzt eine unvergleichlich schöne Stadt am Wasser und mit viel Grün - ohne daß diese Beschreibung der Vorzüge unserer Stadt vollständig wäre.

Hamburg ist eine Stadt von europäischem und weltweitem Rang und Ansehen.

Jede Generation aber sollte sich der Mahnung verpflichtet fühlen, die über dem Eingang des Rathauses zu lesen ist:  
"Die Freiheit, die schwer errungen die Alten, möge die Nachwelt würdig erhalten."  
Aber nicht nur die Freiheit - auch die Größe, die Bedeutung und die Selbständigkeit der Stadt sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie müssen durch aktives Handeln bewahrt und für die nachfolgenden Generationen gesichert werden. Das ist unser Auftrag wie der Auftrag an alle vor uns und nach uns lebenden Generationen. Wir nehmen diesen Auftrag sehr ernst.

Deshalb blicken wir mit Sorge auf Entwicklungen, die die Lebensfähigkeit des Stadtstaats Hamburg bedrohen.

- Trotz der Schönheit der Stadt haben viele Bürger ihr in den vergangenen Jahren den Rücken gekehrt, weil sie ihre individuellen Wünsche nicht verwirklichen konnten.
- Die Überschuldung der Stadt droht ihr den finanziellen und damit den politischen Handlungsspielraum zu nehmen.
- Traditionell starke Wirtschaftszweige befinden sich in einer schweren strukturellen Krise. Viele unserer Mitbürger sind ohne Arbeit. Die wirtschaftliche Basis droht sich gefährlich zu verkleinern, auch durch eine anhaltende Abwanderung von Betrieben, durch die gerade dynamische Elemente der wirtschaftlichen Entwicklung verlorengehen. Die Erneuerung der Wirtschaft wurde nicht mit dem notwendigen Nachdruck betrieben, sondern eher ängstlich angegangen und dadurch verzögert.
- Eine zu üppige Bürokratie verschlingt nicht nur viel Geld, sondern fördert auch die Entfremdung zwischen Bürger und Staat. Dem zu großen Apparat fehlt es an Beweglichkeit und an der Fähigkeit, neue Ideen entschlossen und schnell umzusetzen. Die falsche Organisation der Verwaltung hat zu schweren Problemen - dafür steht der Name Stoltzenberg als Beispiel - geführt.

- Unverständnis für die mit den Vorteilen einer Großstadt - nämlich der Nähe von Wohnen, Arbeiten und Erholen - auch unvermeidbar verbundenen Nachteile fördern Verhaltensweisen und Entscheidungen, die in ihrer Einseitigkeit den Lebensnerv der Stadt zu treffen drohen.
- Zahlreiche Skandale im Bereich der öffentlichen Unternehmen und der Verwaltung haben die Stadt immer wieder in negative Schlagzeilen gebracht und ihr Ansehen beschädigt.

Ein Schlüsselproblem für die Hansestadt ist aber die überlange Machtausübung durch dieselbe Partei. Dies hat zu Verschleißerscheinungen geführt und Verkrustungen gefördert. Mehr und mehr wurde die Stadt als Eigentum der Partei aufgefaßt, wurden wichtige personelle und sonstige Entscheidungen nach parteipolitischen Kriterien gefällt und bildete sich ein Beziehungsgeflecht, Filz zwischen Politik, Verwaltung, Gewerkschaften und öffentlichen Unternehmen sowie Gewerkschaftsunternehmen heraus, der keine sachgerechten Entscheidungen zuläßt bzw. solche verhindert. Der Skandal um die Neue Heimat ist nur das schlimmste, aber keineswegs das einzige Beispiel dafür. Unerläßliche strukturelle Reformen - wie die Verwaltungs- und Bezirksreform - wurden blockiert und schließlich unterlassen, weil dadurch Einfluß- und Machtpositionen, das Beziehungsgeflecht insgesamt gefährdet worden wäre.

Wir wollen nicht mißverstanden werden: Niemand leugnet die Verdienste der SPD um unsere Stadt. Die Namen der Bürgermeister Brauer und Weichmann stehen für viele Persönlichkeiten, denen die Stadt und ihre Bürger viel zu verdanken haben. Aber es muß kritisch festgehalten werden, daß in den letzten Jahren große Leistungen und Initiativen ausgeblieben sind, weil sich eine verwandelte Partei immer seltener auf eine einheitliche Politik einigen kann. Zu oft hat der Streit der Parteiflügel wichtige Entscheidungen jahrelang blockiert oder gar verhindert.

In dieser Zeit wurden die anstehenden Probleme nicht gelöst, vielmehr muß mit Besorgnis registriert werden, daß sie größer und schwieriger geworden sind. Daran hat auch SPD-Bürgermeister von Dohnanyi nichts zu ändern vermocht. Er hat zwar klimatische und atmosphärische Verbesserungen erzielt, aber die tatsächlichen - in Zahlen faßbaren - Ergebnisse seiner Politik sind so schlecht wie bei keinem seiner Vorgänger. Es hilft der Stadt nicht, wenn die regierende Partei und der von ihr gestellte Bürgermeister in dieser Situation immer häufiger zu Ablenkungsmanövern greifen. Wer das tut, muß ein schlechtes Gewissen haben.

Nicht eine der vor uns liegenden Aufgaben wird dadurch gelöst.

Wir halten fest: Nur wer die Probleme erkennt, nennt und sich ihnen stellt, hat auch eine Chance, sie zu lösen. Klarheit

und Schonungslosigkeit der Analyse sind die Voraussetzungen für den Erfolg.

Politisches Handeln muß auf festen Grundsätzen beruhen und bestimmten Werten verpflichtet sein. Maßstab unseres politischen Handelns sind die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.

Wir wollen eine freie Gesellschaft, in der jeder sich frei entwickeln und entscheiden kann.

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft - Solidarität zwischen den Generationen, zwischen den sozialen Gruppen, zwischen Hilfsbedürftigen und Hilfeleistenden, zwischen Starken und Schwachen.

Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der niemand benachteiligt wird und Chancen und Güter möglichst gerecht verteilt werden.

In der Großstadt stellen sich viele der damit im einzelnen verbundenen Fragen und Probleme in besonderer Weise, in größerer Dringlichkeit und manchmal auch Härte. Darin liegt eine Herausforderung und Aufgabe. Die Großstadt ist aber auch der Ort ständiger Erneuerung und besonders lebendigen geistigen Austausches. Die Großstadt ist eine Lebensform, die wir aus innerer Überzeugung bejahen.

In den vergangenen Jahren ist gelegentlich über die Unregierbarkeit der Städte, d.h. über die Unlösbarkeit der politischen Probleme von Großstädten diskutiert worden.

Unsere politischen Freunde in Berlin und Frankfurt haben in besonders "kritischen" Städten bewiesen, daß Städte durchaus regiert werden und durch eine neue Politik auch zu neuem Ansehen gelangen können.

Wir treten an, um in Hamburg zu beweisen, daß mit der richtigen Politik auch unsere Probleme lösbar sind.

Unser Ziel ist: Die Existenz des Stadtstaats Hamburg und die Zukunft der Metropole Hamburg zu sichern. Wir wollen dies, weil wir unsere Vaterstadt lieben. Wir wollen dies aber auch, weil wir glauben, daß die Stimme Hamburgs im Konzert der deutschen Bundesländer wichtig und unverzichtbar ist und Hamburg in Deutschland, Europa, aber auch in der Welt eine Rolle zu spielen hat.

Diese Rolle kann Hamburg aber nur spielen, wenn es seine wirtschaftliche Kraft, seine finanzielle Stärke und den Glanz seiner Ausstrahlung vollständig wiedergewonnen hat. Dies ist Herausforderung und Aufgabe, denen wir uns stellen: Mit einer Politik, die sich wieder an den Interessen und Wünschen der Bürger orientiert, wollen wir die Auszehrung Hamburgs stoppen.

Mit einer Politik, die wirtschaftliches Handeln ermuntert, fördert und erleichtert, wollen wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Stadt überwinden und neue Arbeitsplätze schaffen. Dabei setzen wir auch hier auf die Kräfte des einzelnen, der privaten Unternehmen und der privaten

Wirtschaft, besonders des Mittelstands. Dies ist die erfolgreiche Politik der Bundesregierung. Diese Politik zu verfolgen, heißt den Aufschwung nach Hamburg holen.

Mit dieser Politik wollen wir auch die Finanzen der Stadt wieder in Ordnung bringen und die Möglichkeit zurückgewinnen, wichtige Vorhaben im Interesse der Stadt und ihrer Bürger finanzieren zu können. Unsere Politik ist Politik für die Metropole: Wir werden darauf achten, daß die Attraktivität Hamburgs durch ein breites kulturelles Angebot und Freizeitmöglichkeiten für alle Bürger gesteigert wird.

Mit unserer Politik wollen wir die Erneuerung vorantreiben, weil wir wissen, daß Stillstand zum Rückschritt führt. Dabei vergessen wir nicht die Sorgen und Ängste unserer Mitmenschen. Aber wir sehen im Fortschritt eine Chance für mehr Humanität und bessere Lebensbedingungen der Menschen. Mit unserer Politik wollen wir ein menschliches Leben in der Großstadt ermöglichen. Deshalb wollen wir Umwelt und natürliche Lebensgrundlagen schützen. Deshalb wollen wir überall dort, wo das menschliche Maß überschritten oder mißachtet wurde, wieder zu ihm zurückkehren.

Wir wissen, daß wir die anstehenden Probleme nicht allein lösen können. Dazu bedarf es der Mithilfe aller. Die Hamburger haben in den schweren Stunden der Geschichte der Stadt immer zusammengehalten, gemeinsam angepackt und so die schweren Stunden schließlich überwunden. Dieser Geist ist in

unserer Stadt nach wie vor lebendig. Deshalb sind wir sicher, daß es auch jetzt - am Ende des 20. Jahrhunderts - gelingt, mit vereinten Kräften die Grundlage für eine große Zukunft Hamburgs im 21. Jahrhundert zu legen.

Überschuldung hat zur Handlungsunfähigkeit geführt

Tatsache ist:  
Die Staatsverschuldung ist geradezu explodiert. Sie betrug

1981	11,5 Mrd. DM
1986	19,5 Mrd. DM

Der Schuldendienst nahm dramatisch zu:

1981	1,6 Mrd. DM
1986	2,8 Mrd. DM (das sind 26,4 % der Einnahmen)

Sparsamkeit eröffnet neue Spielräume

### Finanzpolitik

In unserer Stadt zeigen sich heute die gefährlichen Folgen der Staatsverschuldung: Zu einem Zeitpunkt, zu dem wir mit besonders vielen und schwierigen Problemen zu kämpfen haben - unter anderem mit einer außerordentlich hohen Arbeitslosigkeit - fehlt uns das Geld, um auch nur die notwendigsten Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme durchführen zu können. Die Überschuldung der Stadt hat den politischen Gestaltungsspielraum gefährlich eingeengt.

Deshalb ist es vordringlich, dafür zu sorgen, daß die erforderlichen finanziellen Mittel wieder zur Verfügung stehen. Der Konsolidierung des Hamburger Haushalts kommt daher hohe politische Priorität zu.

Die Ursachen für die hohe Staatsverschuldung liegen in der Politik der SPD, in der Überlastung des Staats mit Aufgaben mit der Folge der Aufblähung des öffentlichen Dienstes und in der Verschwendung von Steuergeldern durch Skandale und Pleiten.

Wir wollen diese falsche Politik deshalb ersetzen durch eine Politik der Sparsamkeit, der Entlastung des Staates und der Verringerung der Bürokratie.

Wir werden wieder gesunde Finanzen schaffen:

Kassensturz machen,  
den Hamburgern die  
Wahrheit sagen

1. Wir werden einen Kassensturz durchführen und prüfen, welche finanziellen Mittel tatsächlich noch zur Verfügung stehen. Wir werden dann den Hamburgern sagen, welche Maßnahmen zu finanzieren sind, aber wir werden ihnen auch sagen, welche Maßnahmen zwar wünschenswert wären, aber im Moment nicht zu finanzieren sind. Denn die Zeit der Gefälligkeiten ist vorbei. Insofern stehen alle in diesem Wahlprogramm enthaltenen Einzelmaßnahmen unter einem Finanzierbarkeitsvorbehalt.

2. Zur Sanierung des Haushalts ist sowohl eine Verbesserung der Einnahmen als auch eine Verringerung der Ausgaben notwendig.

3. Zur Verbesserung der Einnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg ist der Weg der Steuer- und Gebührenerhöhungen, den die SPD beschritten hat, der falsche Weg. Denn er verstärkt die Abwanderungsabsicht von Bürgern und Betrieben und verschärft damit die wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Probleme der Stadt.

Statt dessen werden wir zur Verbesserung der Einnahmen folgende Maßnahmen ergreifen:

- den Verkauf von städtischem Grundbesitz, insbesondere von Flächen für den Eigenheimbau,
- die Veräußerung von entbehrlichem Staatsvermögen und
- den Verkauf von Anteilen des Staats an den öffentlichen Unternehmen, z.B. an den HEW und HGW.

Tatsache ist:

- Seit 1981 wurden erhöht:
- der Gaspreis um 26,8 %
  - der Strompreis um 32,5 %
  - die Wassertarife um 37,7 %
  - die Gehwegreinigung  
um 38,4 %
  - die HVV-Tarife um 42,0 %
  - die Friedhofsgebühren  
um 44,1 %
  - die Sichelgebühren um 95,8 %
  - die Hundesteuer um 100,0 %

Einnahmen verbessern

Die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und die Verstärkung des wirtschaftlichen Sachverstands soll zugleich neue Pleiten der öffentlichen Unternehmen verhindern, die in den vergangenen Jahren zu Millionenlöchern im Haushalt geführt haben.

Ausgaben verringern:  
Staatsaufgaben kritisch  
unter die Lupe nehmen

4. Zur Verringerung der Ausgaben werden wir keine planlosen Sparschnitte wie der Senat vornehmen, sondern ein aufeinander abgestimmtes Konzept verfolgen:

- Die Durchforstung der Tätigkeit des Staats mit dem Ziel, mehr Aufgaben an Private zu übertragen;
- eine konsequente Verwaltungsreform, dazu gehören die Einführung moderner Bürotechnik, die Verbesserung der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter, die Verbesserung des betriebswirtschaftlichen Sachverstands in den Behörden, vor allem aber der Abbau der Doppelarbeit zwischen verschiedenen Behörden;
- die Verkleinerung des Senats, der Verzicht auf die Gesundheitsbehörde und eine der Kultusbehörden, die sinnvolle Zusammenlegung von Ver- und Entsorgungsaufgaben mit der Umweltbehörde, eine Anpassung des Bestands der Baubehörde an den tatsächlichen Bedarf;
- eine Bezirksreform mit der Verlagerung von Aufgaben auf die Bezirke (z.B. im Bebauungsplanverfahren, bei der Vergabe der Stadtteilkulturmittel), um eine sparsame Verwaltung sicherzustellen;

- zur Verbesserung der Kontrolle der staatlichen Ausgaben werden Zuständig-



keiten und Unabhängigkeit des Rechnungshofs gestärkt und ausgeweitet. Dazu gehört auch, daß der Rechnungshofpräsident nicht mehr vom Senat ernannt, sondern von der Bürgerschaft mit Zweidrittel-Mehrheit gewählt wird.

5. Mit diesem abgestuften Konzept wird es auch gelingen, endlich die Personalkosten tatsächlich zu verringern, denn bisher sind sie trotz aller sogenannten Sparprogramme immer weiter gestiegen. Mit Aufgabenkritik und Abbau der Doppelarbeit werden wir unsere Ziele erreichen: nämlich weniger Stellen, weniger Personal und damit weniger Kosten. Wir werden deshalb einen großen Teil freierwerdender Stellen nicht wieder besetzen. Wenn neue Stellen gebraucht werden, werden wir vorhandene Stellen umwidmen.

Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes können sich darauf verlassen: Es wird keine Entlassungen geben. Es wird auch keine leistungshemmenden Eingriffe in die Sozialleistungen - die Krankenversicherung oder das Weihnachtsgeld - geben.

Diese Reform des öffentlichen Dienstes richtet sich nicht gegen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, sondern hilft ihnen, weil sie den öffentlichen Dienst aus einer polemischen Diskussion herausführt. Sie wird deshalb auch mit Hilfe der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes durchgeführt werden. Wir werden die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes an der Reform der Verwaltung beteiligen und um Vorschläge für die Reform der Verwal-

Tatsache ist:  
Die Personalkosten steigen unvermindert an. Sie betragen:  
1981 4,669 Mrd. DM  
1986 5,251 Mrd. DM

Doppelarbeit vermeiden,  
Bürokratie abbauen

Öffentlicher Dienst wird zum öffentlichen Dienstleistungsbetrieb für den Bürger

Tatsache ist:  
Während die Einwohnerzahl sank, nahm die Zahl der öffentlich Bediensteten immer mehr zu:  
Jahr Einw. öffentl. Bed.  
1970 1,8 Mio. 96.933  
1984 1,6 Mio. 116.500  
- 11,2 % + 20,1 %

tung und für Einsparungen bitten, die wir dann durch Prämien belohnen werden.

Gerechte Lösung für Hamburg im Länderfinanzausgleich

Tatsache ist:  
Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich sind viel geringer als die aufgenommenen Kredite und die Zunahme der Gesamtschulden

Jahr	Beiträge in den LFA (Mio.DM)	aufgen. Kredite (Mio.DM)	Gesamtsch. (Mio.DM)
1982	431	1.866	12.900
1983	386	2.113	14.321
1984	293	2.923	16.472
1985	403	2.045	17.970
1986	362	2.591	19.504
82-86:	1875	11.538	6.604

6. Wir werden uns bei den jetzt beginnenden Verhandlungen um eine Neufassung des Länderfinanzausgleichs mit aller Kraft dafür einsetzen, gerechte Regelungen für unsere Stadt durchzusetzen.

Die SPD und Bürgermeister von Dohnanyi versuchen, den Länderfinanzausgleich für die Finanzmisere der Stadt verantwortlich zu machen. Ein solches Verhalten verschlechtert die Chancen Hamburgs auf ein gutes Ergebnis.

Wir dagegen wissen: Der Länderfinanzausgleich hat die Finanzmisere Hamburgs nicht verursacht. Die Schuld dafür trägt die SPD mit ihrer unsoliden Finanzpolitik und ihrer verschwenderischen Ausgabenwirtschaft.

Wir werden deshalb die Verhandlungsposition Hamburgs verbessern:

Wir werden durch eigene Anstrengungen ein sichtbares Zeichen dafür setzen, daß wir entschlossen sind, die Hamburger Finanzen aus eigener Kraft wieder in Ordnung zu bringen.

#### Arbeitsplätze und Wirtschaft

Tatsache ist:  
Bisher lag die Arbeitslosigkeit in Hamburg unter dem Bundesdurchschnitt. Heute ist sie eineinhalb mal so hoch.  
Arbeitslosenquote  
Jahr Bund HH  
1981 5,5 5,0  
1982 7,5 7,4  
1983 9,1 10,2  
1984 9,1 11,2  
1985 9,3 12,3  
1986 9,0 13,1  
(Apr.)

Das Kernproblem der Hamburger Wirtschaft ist die anhaltende Abkoppelung vom wirtschaftlichen Aufschwung auf Bundesebene, die sich insbesondere in der weit überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Hamburg zeigt.

Tatsache ist:

Die Hamburger Wirtschaft wächst viel langsamer als die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland insgesamt.

Jahr	Bund	Hamburg
1981	+ 0	- 0,2
1982	- 1,0	+ 0,5
1983	+ 1,0	- 0,1
1984	+ 2,6	+ 0,7
1985	+ 2,6	+ 1,7
1986	+ 3,0	+ 1,5 - 2,0 (geschätzt)

Arbeitslosigkeit bekämpfen - Wirtschaft ankurbeln

Konjunktur läuft an Hamburg vorbei

Eine der wichtigsten Ursachen dieser Entwicklung ist die unterlassene Haushaltskonsolidierung in Hamburg. Denn die Sanierung der Staatsfinanzen auf Bundesebene hat niedrigere Zinsen und geringere Steuern ermöglicht, damit private Investitionen erleichtert und für steigende Beschäftigung gesorgt. In Hamburg dagegen wurden Steuern und Gebühren in die Höhe getrieben und somit immer neue Hindernisse für private Investitionen und für die privaten Unternehmen geschaffen, was die steigende Arbeitslosigkeit zur Folge hatte.

Um die wirtschaftspolitischen Probleme der Stadt lösen und die Arbeitslosigkeit endlich erfolgreich bekämpfen zu können, ist deshalb die Sanierung des Hamburger Haushalts notwendig. Es muß aber auch eine neue Politik für den Wirtschaftsplatz Hamburg betrieben werden.

Denn die SPD hat Hamburg nicht nur zu einem "Standort" hoher Unternehmensbelastungen und hoher Kosten gemacht, sie hat auch das wirtschaftspolitische Klima belastet, die Konkurrenzfähigkeit Hamburgs insbesondere gegenüber dem Umland vermindert und durch politische Fehlentscheidungen - insbesondere in der Energie-, Verkehrs- und Schulpolitik - Hamburgs Ansehen als Wirtschaftsmetropole erheblich beeinträchtigt. Wir wollen durch eine neue Politik den Wirtschaftsplatz Hamburg wieder stärken.

Wir setzen dabei nicht auf den Staat - wie die SPD, die als einzige arbeitsmarktpolitische Maßnahme den sogenannten Zweiten Ar-

beitsmarkt eingerichtet hat, der vorübergehende Beschäftigung beim Staat vorsieht, aber keine dauernde Beschäftigung in der privaten Wirtschaft sichert -, wir setzen auf die private Wirtschaft und ihre Kraft. Das heißt nicht, daß wir auf eine aktive Rolle des Staats verzichten wollen. Aber wir zielen mit unserem staatlichen Handeln darauf ab, die Kräfte der Wirtschaft zu steigern und freizusetzen.

Wir werden mehr Arbeitsplätze schaffen:

Investitionsmittel ausgeben

Bauwirtschaft fördern

Tatsache ist:  
Die Beschäftigung im Baugewerbe hat stark abgenommen.  
1981: 30.108  
1985: 22.334

Bundesmittel für Hamburg sichern

1. Wir werden den Investitionsstau beim Staat beseitigen. Immer noch fließen die im Hamburger Haushalt enthaltenen Investitionsmittel viel zu langsam ab. Das führt nicht nur dazu, daß diese Investitionen unterbleiben, sondern verschärft auch die Arbeitslosigkeit.
2. Wir werden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft ein Sonderprogramm zur Förderung dieses Wirtschaftszweiges und der Erhaltung und Grundinstandsetzung von Schulen, Brücken und Gebäuden auflegen.
3. Wir werden alle Mittel, die im Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder im Haushalt des Bundes zur Förderung der Infrastruktur in Hamburg enthalten sind, abfordern und abfließen lassen. Das gilt in erster Linie für dringend erforderliche Verkehrsinvestitionen.
4. Wir werden die Möglichkeiten zur Existenzgründung erheblich verbessern, denn jeder neue Betrieb schafft Arbeitsplätze.

Teilzeitarbeitsmöglich-  
keiten verbessern

5. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ohne eine Verringerung der Arbeitszeit und insbesondere eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten nicht möglich. Viele Menschen würden gern weniger arbeiten, wenn ihnen mehr Teilzeitarbeitsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden würden und wenn die Bedingungen der Teilzeitarbeit verbessert würden. Dabei müssen die Stadt und die öffentlichen Unternehmen beispielgebend vorgehen.

6. Wir werden die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes konsequent nutzen.

7. Wir werden die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer erheblich verbessern, weil die Anwendung neuer Technologien eine höhere Qualifikation der Arbeitnehmer voraussetzt.

8. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die zahlreichen Jugendlichen, die in Hamburg arbeitslos sind, nach ihrer Ausbildung weiterbeschäftigt werden können, indem wir die Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen fördern, bis der Arbeitsmarkt wieder aufnahmefähiger geworden ist. Auch in diesem Fall werden wir von den Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes Gebrauch machen. Außerdem werden wir Jugendliche verstärkt in ABM-Programme aufnehmen.

Höhere Qualifikation  
sichert Arbeitsplätze

Jugendarbeitslosigkeit  
beseitigen

Tatsache ist:  
Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Hamburg überdurchschnittlich hoch.

Jahr	Bund	Hamburg
1981	4,9	6,8
1982	7,7	9,3
1983	9,1	12,6
1984	7,8	13,1
1985	8,1	17,6
1986, Apr.	6,6	16,9

Wir werden die Wirtschaftskraft Hamburgs stärken

Wirtschaftsklima  
verbessern

1. Wir werden dafür sorgen, daß sich das Klima zwischen Politik und Wirtschaft in Hamburg verbessert und dem Verständnis für wirtschaftliche Belange in der Verwaltung ein höherer Stellenwert als bisher eingeräumt wird. Die private Wirtschaft stellt bei weitem die meisten Arbeitsplätze zur Verfügung. Unternehmen erfüllen daher eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Damit Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen können, müssen sie zuvor angemessene Gewinne machen.

Ansiedlungen  
erleichtern

2. Wir werden dafür sorgen, daß Erweiterungs- und Ansiedlungswünsche der in Hamburg ansässigen Betriebe unbürokratisch und schnell bearbeitet werden.

Überhöhte Steuern  
und Gebühren abbauen

3. Wir werden die Betriebe von überhöhten Steuern und Gebühren entlasten. Wir werden vor allem die Gewerbesteuer senken und die verbraucherfeindliche Getränkesteuer abschaffen.

Mittelstand fördern

Tatsache ist:  
In den letzten Jahren hat Hamburg viele Betriebe durch Abwanderung verloren. Aus dem Bereich der Handelskammer 1981 - 84 220 Betriebe mit 3.016 Arbeitsplätzen und aus dem Bereich der Handwerkskammer noch einmal 238 Betriebe.

4. Wir werden unsere besondere Aufmerksamkeit dem Mittelstand widmen, denn über 90 % aller Hamburger Betriebe zählen zur mittelständischen Wirtschaft. Zwei Drittel aller Erwerbstätigen sind hier beschäftigt und 75 % aller Auszubildenden. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um die Benachteiligungen gegenüber den Großbetrieben zu beseitigen, z.B.  
- mehr Hilfe bei Erweiterungsplänen,

- bessere Informationen über staatliche Hilfen und Programme,
- Verbesserung des Zinszuschußprogramms,
- stärkere Bekämpfung der Schwarzarbeit,
- Verhinderung des unlauteren Wettbewerbs durch staatliche Unternehmen,
- Abbau der Bürokratie und
- mehr Mittel für die Messe-Präsentation kleiner und mittlerer Betriebe im In- und Ausland.

Gewerbeflächen  
sichern

5. Wir werden das Flächenangebot deutlich verbessern und den Bestand an Industrie- und Gewerbeflächen sichern. Wir werden insbesondere Industriebrachen auflisten und für weitere industrielle Nutzung zur Verfügung stellen. Wir werden verhindern, daß wohnortnahe Gewerbeflächen durch Überplanung verlorengehen. Und wir werden alle verfügbaren Industrie- und Gewerbeflächen in einer Datei erfassen und ansiedlungswilligen Betrieben rasch und vollständig nachweisen.

6. Wir werden die Hamburg-Werbung intensivieren und verbessern.

Einkaufsmetropole  
ausbauen

7. Wir werden dafür sorgen, daß Hamburg eine attraktive Einkaufsmetropole für die Hamburger und für die Bürger des Umlands bleibt. Deshalb werden wir insbesondere in der City mehr Parkplätze schaffen.

8. Wir werden dafür sorgen, daß die Hamburger Verbraucher und die Hamburger Wirtschaft preisgünstige und gleichzeitig umweltschonende Energie erhalten.

### Wir werden der Hamburger Wirtschaft bei der Modernisierung helfen

Technologische  
Spitzenstellung an-  
streben

Der Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand hängt heute davon ab, ob es gelingt, eine Spitzenstellung bei der Nutzung und Anwendung moderner Technologien sowie beim technischen Fortschritt einzunehmen. Die Modernisierung der Hamburger Wirtschaft durch die Förderung des Strukturwandels ist die zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre.

Die SPD ist dieser Aufgabe bisher bei weitem nicht gerecht geworden: In der Förderung des Technologietransfers ist Hamburg Nachzügler, moderne Technologien werden nur mit völlig unzureichenden Mittelansätzen gefördert, wichtige Entwicklungen - insbesondere bei den neuen Medien und der Biotechnologie - wurden jahrelang verzögert. Dadurch ist in diesem Bereich ein Süd-Nord-Gefälle entstanden. Wir wollen dieses Zögern durch Entschlossenheit und Tatkraft ersetzen. Von ausschlaggebender Bedeutung sind dabei herausragende wissenschaftliche Einrichtungen und Forschungskapazitäten sowie der Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft.

Im einzelnen:

Technologietransfer  
beschleunigen

Expertenrat für  
wirtschaftsnahe  
Forschung einberufen

1. Wir werden sofort eine Expertenkommission einberufen, die kurzfristig Entscheidungsgrundlagen erarbeiten soll

- wie die in Hamburg vorhandenen technologischen Kapazitäten noch verbessert oder besser genutzt werden können,
- welche modernen Technologien für Hamburg besonders wichtig sind,
- welche besonders aussichtsreich sind (das gilt auch für Teilaspekte von Technologien),
- wie der Technologietransfer verbessert werden kann und
- wie die Rahmenbedingungen für Forschung und die Forschungsförderung verbessert werden können.

2. Wir werden den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern, und zwar durch die

- Einrichtung einer Forschungsdatenbank (die mit der entsprechenden Einrichtung der Handelskammer kooperieren soll),
- die Herstellung und Vermittlung von Kontakten zwischen Betrieben und wissenschaftlichen Einrichtungen,
- den Ausbau von Beratungs- und Informationsmöglichkeiten,
- verbesserte Möglichkeiten für Hochschulen und Forschungseinrichtungen, sich auf Messen im In- und Ausland zu präsentieren,
- Erleichterungen für Wissenschaftler, ihre Tätigkeit in Forschung und Lehre für eine Mitarbeit in einem Betrieb zu unterbrechen und
- spezielle Angebote, insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe, Hochschulabsolventen mit naturwissenschaftlicher und technischer Ausbildung einzustellen (das Modell der "Innovationsassistenten").

Kooperation zwischen  
Wirtschaft und  
Wissenschaft vertiefen

Technologische  
Neuerungen fördern

Wir werden dafür sorgen, daß diese Maßnahmen in erster Linie kleineren und mittleren Betrieben zugutekommen.

3. Wir werden den Betrieben Hilfen anbieten, um wissenschaftlich/technische Neuerungen umzusetzen, und zwar durch
- Zuschüsse und Bürgschaften für risikoreichere Projekte,
  - leichteren Zugang zu Risikokapital,
  - mehr Unterstützung für technologieorientierte Existenzgründungen,
  - die Einrichtung von weiteren Gründerzentren und Technologieparks (z.B. Biotechnologie, Molekularbiologie, Medizintechnik),
  - die Einrichtung eines "Gründerstammisches",
  - die Unterstützung neuer Unternehmen im Marketingbereich.

Wir werden jedoch keine Dauersubventionen bewilligen, sondern nur Starthilfen zur Selbsthilfe geben. Im Mittelpunkt auch dieser Anstrengungen werden kleine und mittlere Betriebe stehen.

4. Um Hamburg eine herausragende Position bei der Entwicklung und Anwendung moderner Technologien zu sichern, werden wir z.B. die Biotechnologie, die Informations- und Kommunikationstechnologien, die Luft- und Raumfahrttechnologie, die Meerestechnologie, die Mikroelektronik, die Laser-Technologie, die Transport- und Verkehrstechnologie sowie die Umwelt- und Energietechnologie besonders fördern. Wir werden uns auch dafür einsetzen, entsprechende Förderungsmittel

des Bundes und der EG für Hamburg zu gewinnen.

5. Die Errichtung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen soll ggfs. durch eigene Hamburger Beteiligung, insbesondere in der Anfangsphase, erleichtert und gefördert werden. Wir werden die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen mit Unternehmen vorantreiben.
6. Zur Erhöhung des Eigenkapitals für die notwendigen Modernisierungsinvestitionen muß die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital verbessert werden.
7. Die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die über Maßnahmen zur Förderung des Strukturwandels und moderner Technologien zu entscheiden haben, werden wir durch Weiterbildungsmaßnahmen auf diese Aufgabe besonders vorbereiten.
8. Wir werden uns an der Diskussion über Chancen und Risiken moderner Technologien positiv beteiligen und für die verantwortungsbewußte Nutzung moderner Technologien werben. Diesen Dialog werden wir insbesondere mit Gewerkschaften und Betriebsräten führen. Denn die wirtschaftliche Modernisierung kann nur mit Unterstützung der Arbeitnehmer gelingen.
9. Eine so gestaltete zukunftsorientierte Hamburger Wirtschaftspolitik braucht Mitarbeiter, die umfassend und gründlich ausgebildet sind. Wir werden durch eine leistungsorientierte Schul- und Hochschulausbildung die notwendigen Voraussetzungen schaffen.

### Medien

Mediengesetz  
verbessern

Von enormer Bedeutung für die Zukunft des Wirtschaftsplatzes Hamburg ist, daß unsere Stadt auch bei der Nutzung neuer Medien führend ist und ihre Stellung als Medienplatz Nummer Eins verteidigen kann. Mit dem von der SPD verabschiedeten Landesmediengesetz ist dies nicht zu schaffen, weil es vom Geist sozialdemokratischer Medienfeindlichkeit geprägt ist.

Wir dagegen sind entschlossen, die wirtschaftlichen Chancen wahrzunehmen, die im Bereich der neuen Medien und insbesondere bei der Veranstaltung privater Hörfunk- und Fernsehprogramme und Kommunikationsdienste liegen.

Wir wollen mehr Meinungspluralismus, denn das ist ein Lebenselement der Demokratie.

Um Hamburg für die neuen Veranstalter interessant zu machen, werden wir die hemmenden Vorschriften des Landesmediengesetzes beseitigen und rechtliche Vorschriften schaffen, die in der Konkurrenz mit den Mediengesetzen unserer Nachbarländer bestehen können.

### Hafenpolitik

Der Hafen bleibt das Herzstück der Hamburger Wirtschaft auch in Zukunft. Die These, die große Zeit des Hafens sei abgelaufen, ist falsch. Richtig ist: Es muß alles getan werden, um den Hafen veränderten Bedingungen anzupassen und wettbewerbsfähig zu halten. Das schließt insbesondere die Nutzung moderner Technologien ein.

Im einzelnen:

1. Wir werden dafür sorgen, daß der Hafen der wachsenden Konkurrenz der Rheinmündungshäfen standhalten kann. Deshalb werden wir z.B. die Kosten der Hafenernehmer senken und die letzten Erhöhungen der Mieten und Pachten zurücknehmen.
2. Auf wettbewerbsgerechte Bedingungen werden wir aber auch bei der Gestaltung der Seehafenhinterlandtarife achten. Die von der CDU geführte Bundesregierung hat bereits wichtige Schritte dazu unternommen. Wir werden auf weitere Verbesserungen drängen.
3. Wir werden gemeinsam mit der Bundesregierung den Freihafenstatus des Hamburger Hafens sichern und diesen Status auch in EG-Regelungen festschreiben.
4. Wir werden ausreichende Wassertiefen sicherstellen und die entsprechenden

Hafen bleibt Motor  
der Hamburger Wirtschaft

Tatsache ist:

Die Flächenmieten in Hamburg wurden am 1. Januar 1986 auf einen Betrag zwischen 2,75 DM pro qm und 5,50 DM pro qm angehoben. Damit waren sie in 10 Jahren um 37,5 % gestiegen. Die Kaimauermieten betragen 3 % des mittleren Mieterbeschaffungswertes. Zum Vergleich: In Antwerpen liegen die Flächenmieten unter Einschluß der Kaimauer bei 3,70 DM pro qm. In Rotterdam ist die Kaimauermiete 33,5 % niedriger als in Hamburg.

Ausbaggerungen rechtzeitig durchführen. Zur Unterbringung und Entsorgung des Baggerguts werden wir

- die in Hamburg vorhandenen Spülfelder durch flächensparende Verfahren optimal ausnutzen,
- mit unseren Nachbarländern und Randgemeinden über die Bereitstellung weiterer Flächen verhandeln und
- mit Nachdruck an wirtschaftlich und ökologisch vernünftigen Verfahren zur Baggergutentsorgung arbeiten.

5. Wir werden Hafenerweiterungsflächen vorhalten, weil auch die Erweiterungsmöglichkeiten zur Wettbewerbsfähigkeit des Hafens gehören. Allerdings ist für uns in jedem Fall eine intensivere Nutzung der schon vorhandenen, aber ungenutzten Flächen vorrangig.
6. Wir werden alle planerischen und hoheitlichen Aufgaben in einer einheitlichen Hafenverwaltung zusammenfassen.
7. Die HHLA darf den Wettbewerb im Hafen nicht verzerren und die Entfaltungsmöglichkeiten privater Betriebe nicht einengen. Wir werden die HHLA deshalb zu einem privatwirtschaftlich wettbewerbsfähigen und zukunftssicheren Hafenernehmer umgestalten.
8. Auch im Hafen gibt es erhebliche Möglichkeiten, neue Technologien einzusetzen. Wir werden alle Ansätze fördern, die durch Anwendung moderner Technologien - insbesondere der Kommunikations-

technologien - die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens verbessern.

9. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung des Hafens werden wir die Ansiedlung neuer Dienstleistungs- und Industrieunternehmen, insbesondere auf den Gebieten der Montage-, Vertriebs- und Lageraktivitäten mit Nachdruck betreiben.
10. Wir werden uns für die Sicherung der Schiffbauindustrie und der Seeschifffahrt einsetzen.
11. Wir werden die Interessen der norddeutschen Häfen gemeinsam mit den übrigen Bundesländern gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaft vertreten.

### Schule

Die Schule ist für die Schüler da

Wir wollen die Schulpolitik aus der Sackgasse herausführen und mit einem leistungsfähigen und attraktiven Schulsystem wieder die Chancen der Schüler stärken und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Hamburgs verbessern. Der Streit über die unterschiedlichen Schulformen muß ein Ende haben. Statt dessen muß sich die Schule den heutigen und zukünftigen Herausforderungen unserer Gesellschaft stellen. Sie muß die Schüler in die Lage versetzen, die Welt von morgen zu verstehen und in ihr bestehen zu können.

Wir gewährleisten das Recht der Eltern auf die freie Wahl der Schulform. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Erziehungsrechte der Eltern im Schulalltag wieder angemessen berücksichtigt und die Elternmitwirkungsrechte in allen Schulgremien voll genutzt werden können.

- Im Mittelpunkt muß der einzelne Schüler mit seinen Begabungen, Neigungen und Interessen stehen. Wir machen Schluß mit der Vorstellung, alle Schüler müßten ungeachtet ihrer unterschiedlichen Fähigkeiten zu einem einheitlichen Schulabschluß geführt werden. Denn der Mensch ist nicht beliebig formbar, sondern hat das Recht auf eine eigenständige und unabhängige Entwicklung seiner Persönlichkeit.



- Die Schüler von heute müssen morgen die Zukunft gestalten. Das Handwerkszeug dazu muß Ihnen die Schule geben. Jeder Schüler muß daher in der Schule den Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechniken erlernen. Nur so wird er in seinem späteren Beruf bestehen können.
- Jeder Schüler muß in der Schule seine Persönlichkeit entfalten können. Und er muß erfahren, was Gemeinschaft und Demokratie bedeuten.

Wir werden die Situation in unseren Schulen verbessern:

- Die Lehrer müssen wieder Zeit haben, sich um die Probleme des einzelnen Schülers zu kümmern. Deshalb wollen wir, daß der Klassenlehrer besonders in den Grundschulen, Haupt- und Realschulen mehr Unterrichtszeit in seiner Klasse erhält. Durch zusätzliche Klassenlehrerstunden soll er Zeit finden, Schüler und Eltern zu beraten.
- Wir werden in allen Schulformen besonderen Wert auf die Vermittlung von Grundkenntnissen und Grundwissen und eine breite allgemeine Bildung legen.
- Wir werden dem besonderen Rang des Geschichtsunterrichts gerecht werden. Die Teilung unseres Landes und die Teilung Europas verpflichten uns dazu. Ohne ausreichendes historisches Wissen kann sich kein nationales und kein euro-

Grundkenntnisse  
müssen sicher  
beherrscht werden

päisches Verantwortungsbewußtsein entwickeln.

- Wir werden der Entwicklung musischer und künstlerischer Begabungen mehr Raum geben.
- Wir werden den starren und organisatorischen Rahmen in den Schulen überwinden. Wir wollen erreichen, daß der Unterricht durch eine flexible Gestaltung für die Schüler interessanter und effektiver wird, so daß sie gern im Unterricht mitarbeiten und Leistungen erbringen können. In den Grundschulen werden wir prüfen, ob kürzere Unterrichtseinheiten sinnvoll sind. Wir werden außerdem prüfen, ob es organisierbar ist, den stündlichen Fächerwechsel zugunsten zusammenhängender Unterrichtskomplexe aufzugeben.

Tatsache ist:

Die Aufwendungen pro Schüler unterscheiden sich in Hamburg gravierend. Es werden ausgegeben für einen  
Haupt-Realschüler 4.529 DM  
einen Gymnasiasten 5.277 DM  
für einen Gesamtschüler  
aber 5.766 DM

Behindertengerecht integrieren

- Wir werden die Ausstattung der Haupt- und Realschulen durch eine gerechtere Mittelverteilung verbessern.
- Wir werden Schüler, die besonderer Hilfe bedürfen, in den normalen Unterricht integrieren, wo immer das möglich ist und ihren speziellen Bedürfnissen nicht widerspricht.  
Für Schüler, die nur mit besonderem pädagogischen Einsatz gefördert werden können, müssen die notwendigen Schullaufbahnen bereitgestellt werden. Auch besondere Begabungen und die Hochbegabten müssen gefördert werden. Aber: Diese Förderung muß neben dem üblichen Unterricht erfolgen.  
Ausländerkindern werden wir die Chance

geben, in der Schule ihre Muttersprache zu erlernen.  
 Geschichte und Kultur der Herkunftsländer der wichtigen Ausländergruppen werden im Geschichts- und Sozialkundeunterricht behandelt, um mehr Verständnis füreinander zu entwickeln.

Unterrichtsausfall  
 stoppen

- Wir wollen jedes Jahr 200 Lehrer einstellen. Damit werden wir nicht nur den Unterrichtsausfall deutlich verringern, sondern auch die drohende Überalterung der Lehrerschaft verhindern. Zugleich bekämpfen wir damit die Arbeitslosigkeit von Lehrern.

- Jeder Schüler muß in der Schule Grundwissen über die neuen Informations- und Kommunikationstechniken erwerben. Wir werden dafür sorgen, daß dies altersgerecht erfolgt.  
 Wir werden insbesondere die Ausstattung der Schulen mit Computern verbessern. Soweit die Schülerzahlen dafür ausreichen, wollen wir an jeder Oberstufe das Fach "Informatik" anbieten.

- Die Schüler müssen mehr Kontakt zum Arbeitsleben bekommen. Deshalb werden wir im Fach "Arbeitslehre" andere Schwerpunkte setzen und mehr vor- und nachbereitete Praktika durchführen, so daß Schüler auf die Anforderungen in der Berufs- und Arbeitswelt besser vorbereitet sind.

- Wir werden die Schulentwicklungsplanung korrigieren und der wohnortnahen Schule den Vorrang geben.

Die Schule muß am Wohnort bleiben

Tatsache ist:  
 Die Zahl der Schulen ist drastisch verringert worden.

	Grund- sch.	Beo	H	R	Gy	GS
1975	279	237	178	149	84	9
1980	258	171	157	132	80	24
1985	243	106	106	98	71	23

Beo = Beobachtungsstufe  
 H = Hauptschule  
 R = Realschule  
 Gy = Gymnasium  
 GS = Gesamtschule

Leistung bejahen

- In jedem Bezirk sollte eine Haupt- und Realschule als Ganztagschule angeboten werden.

- Für uns gehört das Leistungsprinzip zur Demokratie. Es gibt kein gerechteres und kein humaneres Kriterium für den beruflichen Aufstieg als die Leistung. Der Mensch ist nur dann ausgefüllt, wenn er die in ihm liegenden Begabungen und Fähigkeiten entfalten kann. Gerade deshalb muß der Schüler auch in der Schule gefordert werden. Schüler müssen lernen, Anforderungen an sich selbst zu stellen und ihnen gerecht zu werden.

- Lehrer brauchen pädagogische Freiräume. Aber die Schule darf nicht zum Übungsplatz politisch einseitiger Beeinflussung werden. Pädagogische Freiräume dürfen nicht mißbraucht werden. Die Schulaufsicht muß ihre Aufsichtspflichten stärker als bisher wahrnehmen.

Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung leidet in Hamburg seit Jahren unter der Übergewichtung des akademischen Abschlusses.

Dies werden wir ändern. In der beruflichen Bildung ist es zukünftig besonders wichtig, Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit moderner Technik zu erlernen.

- Wir werden alles tun, um die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu erhöhen, damit alle ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten. Soweit Vorschriften bestehen, die die Ausbildungsbereitschaft kleiner und mittlerer Betriebe beeinträchtigen, werden wir diese überprüfen und - soweit möglich - verändern.

- Wir werden mehr Wahlfreiheit zwischen Block- und Teilzeitunterricht schaffen.

- Wir werden den Unterrichtsausfall insbesondere im Fachunterricht an den Berufsschulen verringern. Wir werden das Berufsgrundbildungsjahr nicht zwangsweise auf die Ausbildungszeit anrechnen. Denn diese starre Vorschrift hat für die Auszubildenden mehr Nach- als Vorteile.

- Wir werden den Ausbildungsverbund verschiedener Betriebe ermöglichen.

Mehr Ausbildungsplätze schaffen

- Wir werden insbesondere bei Betriebsneugründungen Ausbildungsplätze fördern.

- Wir werden die gleichen Ausbildungs- und Bildungschancen für Frauen und Männer sicherstellen.

- Wir werden junge Frauen verstärkt an naturwissenschaftlich/technische Fächer und an entsprechende Berufe heranführen.

- Wir werden für lernschwächere Jugendliche besondere Ausbildungsgänge schaffen und ihnen dadurch die Chance auf einen erfolgreichen Abschluß geben.

- Wir werden die Vermittlung von Ausbildungsplätzen durch eine intensivere Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft verbessern.

Hochschulen

Tatsache ist:  
Immer mehr Hochschulabsolventen haben Schwierigkeiten, einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu finden.

	85	86
Arbeitslose	5.239	5.788
Arbeits-suchende	7.763	8.600

Wie die Schulpolitik befindet sich auch die Hochschulpolitik in einer Sackgasse, weil die SPD es versäumt hat, die nötigen Schwerpunkte zu setzen.

Immer mehr Studenten finden später keinen Arbeitsplatz, weil ihre Ausbildung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes vorbeigeht. Deshalb müssen Bildungs- und Beschäftigungssystem wieder einander angenähert werden. Informationen über Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt müssen die Schüler bereits vor dem Abitur erhalten.

Strukturreform  
einleiten

Es wurde häufig übersehen, welche Bedeutung wissenschaftliche Einrichtungen und Forschung gerade für die wirtschaftliche Entwicklung haben. Deshalb müssen die zukunftssträchtigen Fachrichtungen der Hochschulen gefördert werden.

- Wir werden Schwerpunkte setzen und innovative Fachrichtungen, beispielsweise Informatik und Biotechnologie, ausbauen. Entsprechend müssen Ausbildungskapazitäten in anderen Fachrichtungen verringert werden, dies gilt z.B. für den Fachbereich Erziehungswissenschaften.
- Wir werden einen norddeutschen Verbund in der Lehrerausbildung aufbauen, weil die Vielzahl der Fächer nicht an jedem Hochschulstandort angeboten und finanziert werden kann.
- Wir werden die Forschung durch landeseigene Forschungsmittel verstärken. Wir werden uns verstärkt um Bundesmittel bemühen und die Möglichkeit für den Einsatz von Drittmitteln verbessern.
- Wir werden uns besonders um außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bemühen. Wir werden ihre Errichtung durch landeseigene Finanzmittel unterstützen.
- An den Fachhochschulen werden wir die anwendungsbezogene Forschung ermöglichen.
- Wir werden uns bemühen, auch die Ausbildung in geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern so zu gestalten, daß sich

Technische Universität  
vervollständigen

die Berufschancen der Absolventen verbessern.

- Wir werden die Technische Universität Harburg um Schwerpunkte in der Luft- und Raumfahrttechnik sowie in den Kommunikationswissenschaften und der Drucktechnik ergänzen.
- Wir werden die künstlerischen Hochschulen Hamburgs dazu anregen, die Chancen der Medienstadt Hamburg stärker zu nutzen.
- Wir werden mehr Zeitstellen für jüngere Nachwuchskräfte schaffen und die Graduiertenförderung verbessern..
- Wir wollen wissenschaftliche Spitzenleistungen fördern, um in der internationalen Konkurrenz bestehen zu können. Auch Studenten müssen in verstärktem Maße in die Forschung einbezogen werden.
- Wir werden die Studien- und Berufsberatung verbessern und vor allem auch während des Studiums anbieten. Wir werden endlich mit Nachdruck an die Studienreform herangehen, um die Studienzeiten zu verkürzen.
- Wir werden das neue Hochschulrahmengesetz in Hamburg zügig umsetzen. Die Zahl der Gremien in den Hochschulen muß spürbar verringert werden.
- Die verfaßte Studentenschaft bleibt bestehen. Um Wahlmanipulationen zu verhindern.

dern, werden wir jedoch die Briefwahl einführen.

#### Weiterbildung

Weiterbildung  
sichert Arbeitsplätze

Veränderungen und neue Herausforderungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Berufsleben führen dazu, daß heute niemand mehr damit rechnen kann, den einmal erlernten Beruf bis zum Rentenalter unverändert ausüben zu können. Das Stichwort vom lebenslangen Lernen erhält neue Gültigkeit. Je besser die Qualifikation und je aktueller Wissen und Fähigkeiten sind, desto größere Chancen bestehen auf dem Arbeitsmarkt und auf einen Arbeitsplatz mit Möglichkeiten der Selbstentfaltung.

Deshalb wollen wir eine praxisnahe Qualifizierungsoffensive, in der Wirtschaft und Staat nicht nur mit Hochschulen und Volkshochschulen, sondern insbesondere mit freien Trägern der beruflichen Weiterbildung zusammenarbeiten, um einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung struktureller Arbeitslosigkeit zu leisten.

Wir werden die berufliche Weiterbildung daher nachhaltig fördern, insbesondere durch ein entsprechendes Angebot der Volkshochschule.

Die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist unentbehrlich, um mit immer neuen Methoden fundierte Kenntnisse über neue politische, soziale und wirtschaftliche Tatsachen und Zusammenhänge zu vermitteln und die selbständige rationale Urteilsbildung auf der Grundlage der Wertentscheidungen des Grundgesetzes zu

fördern. Sie sollte überwiegend von freien Trägern, die den gesellschaftlich relevanten Gruppen nahestehen - und dazu gehören auch in Hamburg neben Parteien und Sozialpartnern auch Kirchen - getragen werden und ausschließlich bei der überparteilichen Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt sein.

Umweltpolitik

Viele Bürger empfinden die Belastung unserer Umwelt durch die Industriegesellschaft als bedrohend. Sie sind nicht mehr bereit, die Gefährdungen der natürlichen Umwelt als Preis für den materiellen Wohlstand hinzunehmen. Diesen Wandel der Werte muß die Politik mit den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft in Einklang bringen. Der Schutz der natürlichen Umwelt ist aber nicht allein Aufgabe des Staates, sondern aller Bürger: jeder kann sich an der Entschärfung der Umweltprobleme beteiligen, z.B. durch die getrennte Sammlung von Glas, Altpapier, Batterien und wiederverwendbaren Stoffen, durch Einschränkung des Waschmittelverbrauchs oder durch den Kauf von Waren, die mit dem "Umweltengel" gekennzeichnet sind.

Zwar erweckt die SPD mit einer Vielzahl von Messungen und Programmen den Anschein, als ob für den Umweltschutz besonders viel geschehe. Aber zum einen verkennt die SPD die Chancen für den Umweltschutz, die die moderne Technik bietet (z.B. bei der Beseitigung von Klärschlamm), vor allem aber leidet der Umweltschutz darunter, daß nicht genügend finanzielle Mittel dafür bereitgestellt werden. Allein im letzten Haushalt sind die Umweltschutzinvestitionen um 10 % gesunken - dafür wurden die Stellen vermehrt. Auch die marktwirtschaftlichen Regelungen, die die Bundesregierung ermöglicht hat, werden von der SPD nicht einmal ernst-

Umweltschutz fordert alle heraus

Eine gesunde Umwelt hat ihren Preis.

Tatsache ist:  
Im Haushaltsplan 1986 wurden die Investitionen für den Umweltschutz um 13 % gesenkt. Zuwächse gab es nur für das Friedhofsamt und im Personalstellenbereich.

haft auf ihre Anwendbarkeit überprüft.

Im einzelnen:

Boden

Der Müllberg in Georgswerder ist nur ein Beispiel für viele: An etwa 2000 Stellen unserer Stadt ist der Boden durch giftige und andere Chemikalien belastet. Der SPD-Senat hat kein Sanierungskonzept vorgelegt, in welcher Reihenfolge und nach welcher Methode diese "Altlasten" beseitigt werden sollen und wie dies zu finanzieren ist.

Wir werden uns vordringlich um die Sanierung der Altlasten kümmern. Dabei gilt für uns das Verursacherprinzip: Wer verunreinigt hat, soll auch dafür bezahlen. Da sich jedoch in vielen Fällen die einzelnen Verursacher nicht mehr ermitteln lassen, der Steuerzahler die hohen Sanierungskosten aber auch nicht allein tragen kann (und soll), wollen wir, daß sich die entsprechenden Gewerbe- und Industriebranchen solidarisch daran beteiligen. Zu den "Altlasten" kommen aber ständig neue hinzu, weil der Boden durch Schadstoffe aus der Luft, Dünge- und Pflanzenschutzmittel verunreinigt wird. Wir werden die Neubelastung der Böden durch Schadstoffe verringern.

Deshalb werden wir

- das "Entchemisieren" von Produkten und Müll,
- den Verzicht auf langlebige Pflanzenschutzmittel und Insektengifte
- und den Einsatz der neuesten Technik bei der Abfallbeseitigung von Betrieben fördern.

Altlasten beseitigen

Tatsache ist:  
Im Giftmüllberg in Georgswerder lagern 150.000 m<sup>3</sup> Chemikalien, darunter E 605 und Dioxin. Etwa 1.700 Flächen sind Verdachtsflächen, rund 100 Flächen müssen saniert werden. Die Kosten betragen mindestens 500 Mio. DM.

Zur Verringerung des Flächenverbrauchs und der Oberflächenversiegelung werden wir

- verstärkt vorhandene Wege bei der Verkehrswegeplanung nutzen anstatt neue Flächen zu gebrauchen und
- anstatt neue Flächen zu nutzen bisher brachliegende Flächen heranziehen (z.B. in der Gewerbeansiedlung).

#### Luft

Hamburgs Bäume müssen leben.

Tatsache ist:

Schwefeldioxyd stammt zu 45 % aus Kohlekraftwerken und 33 % aus Industrieanlagen, nur zu 3 % vom Verkehr. Stickoxyde kommen zu 45 % vom Verkehr und zu 30 % aus Kraftwerken.

85 % der Hamburger Waldfläche ist mit kranken Bäumen bestanden, das ist mehr als in allen anderen Bundesländern. Schon 30 % der Bäume sind mittelschwer geschädigt, besonders Fichten und Kiefern. 4 % sind hoffnungslos krank.

Tatsache ist:

Die Großfeuerungsanlagenverordnung sorgt dafür, daß ab 1988 80 % aller Kraftwerke Abgasreinigungsanlagen haben werden und damit der Schwefel- ausstoß um 64 %, der Stickoxydausstoß um 37 % zurückgeht (bis 1993 sogar 70 % bzw. 80 %). Das sind dann Werte wie vor dem 1. Weltkrieg. Kosten ca. 20 Mrd. DM.

Die TA-Luft erfaßt den Industrie- und Gewerbebereich, Chemieanlagen, Raffinerien, Stahlwerke usw. Z.B. müssen Benzolwerte um das Vierfache, Arsen um das Zwanzigfache gesenkt werden, Cadmium sogar um das Hundertfache. Kosten ca. 10 Mio. DM.

Die Autoabgasregelungen werden die Hälfte der Stickoxyde und 2/3 der Kohlenwasserstoffe beseitigen - allerdings wegen des EG-Fahrplans schrittweise bis 1995. Ab 1988 dürfen Autos mit viel Hubraum nur noch schadstoffarm zugelassen werden.

Wie schlecht es um die Hamburger Luft steht, macht der Zustand der Hamburger Wälder deutlich. Das Baumsterben hat alarmierende Ausmaße angenommen. Die Waldschäden sind in keinem anderen Bundesland so groß wie in Hamburg: Etwa ein Drittel der Bäume sind mittelschwer, 3 - 4 % sogar hoffnungslos geschädigt. Es muß daher rasch etwas getan werden, um die Luftqualität in Hamburg zu verbessern:

1. Die von der Bundesregierung erlassenen Verordnungen und Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft - die 1986 verschärfte TA-Luft, die Großfeuerungsanlagenverordnung für Kraftwerke, die Autoabgasreinigung und die Einführung bleifreien Benzins - werden auch die Hamburger Luft verbessern.  
Wir werden dafür sorgen, daß diese Verordnungen in Hamburg zügig umgesetzt werden.
2. Wir werden diese bundeseinheitliche Luftreinhaltepolitik durch eigene Anstrengungen ergänzen:
  - Wir werden den Verkehrsfluß durch die Einführung der "grünen Welle" be-

Unsere Luft muß sauberer werden.

schleunigen und mehr Parkraum schaffen, um Suchfahrten zu vermeiden. Beides befreit die Luft von unnötigen Belastungen.

Außerdem werden wir die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs erhöhen, um die verkehrsbedingten Emissionen zu verringern.

- Wir werden eine umweltschonende Energiepolitik betreiben mit einer deutlichen Verringerung des Schadstoffausstoßes von Kraftwerken und der Industrie.
- Wir werden den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente erproben, z.B. das sogenannte Glockenmodell. Bei diesem Modell wird für ein bestimmtes Gebiet eine Höchstbelastung festgelegt, wobei die betroffenen Unternehmen die zulässige Gesamtbelastung so unter sich aufteilen, daß die Gesamtkosten möglichst gering bleiben. Da diese Höchstbelastungsgrenze jedes Jahr gesenkt wird, ergibt sich eine ständige Verringerung der Luftverschmutzung. Der Einsatz dieser marktwirtschaftlichen Instrumente wird auch ein weiteres Absinken der Umweltschutzinvestitionen der Wirtschaft verhindern.
- Wir werden die Müllverbrennungsanlagen auf den neuesten Stand der Technik bringen und auf die vorherige Abtrennung gefährlich verbrennender Stoffe achten.

Elbe und Alster (Wasser)

Tatsache ist:  
Täglich fließen 0,5 Mio. m<sup>3</sup> Abwässer in die 60 Mio. m<sup>3</sup> Wasser der Elbe. Den Schmutz fangen Klärwerke auf: Als 150.000 t Klärschlamm jährlich.

Am Köhlbrand hat die Elbe nur noch Güteklasse III; die Verschmutzung ist stark sauerstoffzehrend, Faulschlammablagerungen, Kolonien von Fadenbakterien, Wimpertieren und Schlammröhrenwürmern, häufiges Fischsterben.

Die schlechte Reinigungsqualität bei Hamburgs Abwässern wird noch mindestens 2 Jahre andauern.

Tatsache ist:  
Die Elbelastung besteht vornehmlich durch Sauerstoffzehrer, durch Schwermetalle und Kohlenwasserstoffe. Von den Schwermetallen kommen zwar rd. 80 % aus der DDR und der CSSR, etwa 5.000 t jährlich (darunter Quecksilber, Arsen und Zink). Von den westdeutschen Einleitungen aber stammen 70 bis 95 % aus Hamburg. Ähnliches gilt für die Sauerstoffklärer.

Tatsache ist:  
Der Sauerstoffverlust der Elbe durch Eindeichungen und Stromregulierungen beträgt rd. 36 t jährlich.

Abwässer reinigen.

Ein besonders schmerzliches Umweltproblem ist die Verschmutzung unserer Gewässer, besonders der Elbe und der Alster. Elbe und Alster sind besondere "Wahrzeichen" unserer Stadt. Ihre Reinhaltung ist ein wichtiges Anliegen für uns.

Es ist zwar richtig, daß der größte Teil der Elbeverschmutzung aus der DDR und der CSSR stammt. Aber dennoch: An keiner anderen Stelle ihres gesamten Laufs ist die Elbe so dreckig wie dort, wo die Abwässer des Klärwerks Köhlbrandhöft eingeleitet werden.

Nicht nur unter diesen Schadstoffeinleitungen leidet die Selbstreinigungskraft des Flusses, sondern auch unter den Aufspülungen (etwa mit Hafenschlick) und Stromregulierungen. Denn das führte zur Erhöhung des Tidenhubs und verringerte die Oberfläche von Flachwassergebieten, in denen sich die Lungenfunktion des Flusses befindet.

- Wir werden daher zur Sanierung der Gewässer rasch das Sammler- und Klärwerkssystem fertigstellen, damit die städtischen Abwässer endlich ausreichend gereinigt werden.
- Wir werden keine zusätzlichen Genehmigungen für die Einleitung von Schwermetallen oder chlorierten Wasserstoffen mehr erteilen. Bereits bestehende Einleitungen werden wir stufenweise herabsetzen, etwa bei der Erneuerung von Genehmigungen oder durch Ausnutzung des neuen Wasserhaushalts- und Emissions schutzrechts.

Tatsache ist:  
Schon vor der Wahl 1982 verkündete die SPD-Regierung ein sogenanntes Alster-Sanierungskonzept mit Kosten in Höhe von 1 Mrd. DM (1. Stufe 300 Mio. DM). Ausgegeben aber wurden nur weit geringere Beträge. Ebenfalls vor der Wahl verkündete der Senat ein Abwasserbeseitigungsprogramm. Immer noch gelangen 10 % der Hamburger Abwässer ungereinigt über Wasserüberläufe in Alster und Elbe. Ca. 80.000 Einwohner sind noch überhaupt nicht an das städtische Sielnetz angeschlossen.

Erstbesiedlung beschleunigen.

Betriebsgenehmigungen werden wir nur erteilen, wenn ein Entsorgungskonzept vorhanden ist.

Weitere Eindeichungen und Aufspülungen wollen wir vermeiden.

Im Klärwerk muß die chemische Abtrennung des Phosphats erfolgen.

Wir werden im Uferbereich der Gewässer den Gebrauch von Düngemitteln, Pestiziden und anderen Chemikalien unterbinden. Nachdrücklich werden wir uns darum bemühen, die Mischwasserüberläufe in Alster und Elbe zu vermeiden.

Wir werden uns nachhaltig dafür einsetzen, die Verhandlungen mit der DDR und der CSSR über die Elbsanierung zügig weiterzutreiben.

- Wir werden die Sanierung der Alster und ihrer Nebengewässer dadurch vorantreiben, daß wir mehr Mittel für den Bau tiefliegender Transportsiele und Rückhaltebecken sowie für die Sielnetzernennung bereitstellen.

Wir werden - parallel zum Klärwerksbau - die erste Sanierungsstufe des innerstädtischen Mischwassersielnetzes in Angriff nehmen.

- Wir werden in den Uferbereichen, die durch die Kanalisation biologisch zerstört wurden, Renaturierungsmaßnahmen ergreifen.

Wir werden die Erstbesiedlung beschleunigen, denn immer noch sind 27.000 Grundstücke mit etwa 80.000 Bewohnern nicht an das Sielnetz angeschlossen. Hier verbinden sich die Interessen des Umweltschutzes mit denen mittelständischer Betriebe, die den Sielbau betreiben.



### Abfall

Der Mensch droht an seinem eigenen Abfall zu ersticken: Nicht nur wegen der zunehmenden Menge, auch wegen der im Abfall enthaltenen gesundheits- und umweltgefährdenden chemischen Substanzen. Die umweltschonende Entsorgung von Müll ist daher eine Voraussetzung für den Fortbestand der Industriegesellschaft. Hamburg hat längst nicht mehr genügend eigene Flächen zur Ablagerung des Mülls zur Verfügung. Hausmüll und ähnliche Stoffe werden daher meistens verbrannt. Erhebliche Mengen von Abfall sowie der Klärschlamm und zunehmend auch Schlick werden in der DDR abgelagert, z.B. auf der Deponie Schönberg in der Nähe von Lübeck.

- Wir werden einen bindenden Abfallwirtschaftsplan erstellen, der zu einer Verringerung der Abfälle bei Herstellern und Verbrauchern und zur Wiedergewinnung möglichst vieler Rohstoffe führt. Mit einer Abgabe auf Materialien, deren Beseitigung zu Umweltproblemen führt, soll erreicht werden, daß umweltfreundliche Produkte eine breitere Verwendung finden.
- Wir werden die getrennte Sammlung wiederverwertbarer Abfallstoffe aus den Haushaltungen ausweiten. Dies gilt auch für problematische Materialien wie Batterien usw.
- In den Stadtteilen wollen wir feste Sammelstellen für Problemabfall einrichten.
- Für Bauschutt werden wir Wiederaufbereitungsanlagen privater Firmen ermöglichen.

Tatsache ist:  
Seit 1954 hat sich die Hausmüllmenge versechsfacht. 50 % davon sind Verpackungsmaterial.  
Außerdem fallen an: 150.000 t Klärschlamm aus der Abwasserreinigung, 2 Mio. m<sup>3</sup> Hafenschlick.  
Abfälle und Baggergut füllen jährlich eine Säule von 500 m Höhe und einer Grundfläche von 100 x 100 m.  
Die Straßensammlung erfaßt 50.000 t Glas und Papier.  
Für seinen Abfall nutzt Hamburg 60 % des Platzangebots der Deponie Schönberg (DDR).

- Für uns ist auch das hohe Aufkommen an Verpackungen nicht akzeptabel; deshalb wollen wir Einwegflaschen zurückdrängen, notfalls durch Zwangspfand oder Abgaben.

### Trinkwasser

Steigender Wasserverbrauch und zunehmende Grundwasserbelastung haben die Versorgung mit Wasser zu einem Problem gemacht. Wir halten es für eine fatale Entwicklung, daß eine Stadt am Wasser ihr Trinkwasser in der Heide gewinnen muß. Wir werden deshalb Maßnahmen zur Wassereinsparung fördern, und zwar in Haushalten, in der Industrie und im Gewerbe. Grundwasser soll vorrangig für Trinkwasser zur Verfügung stehen. Wir werden die Grundwasservorkommen besonders schützen. Deshalb wollen wir aber auch, daß Wirtschaft und Industrie ihren Bedarf verstärkt mit Brauchwasserqualität befriedigen. Zur Verminderung der Grundwasserentnahme sollten möglicherweise auch Oberflächenwasser und Uferfiltrate aus noch sauberen Nebenflüssen genutzt werden. In Neubaugebieten werden wir die Installation getrennter Trink- und Brauchwasserleitungen erproben.

Tatsache ist:  
Aus der Nordheide erhält Hamburg durch Grundwasserabpumpungen jährlich bis zu 25 Mio. m<sup>3</sup> Trinkwasser, das ist etwa 1/10 des Verbrauchs. 43 % davon gehen an die Haushalte, den Rest bekommen Industrie, Gewerbe, öffentl. Einrichtungen und Energiewirtschaft.  
Bis zum Jahre 2000 wird ein Drittel der häufigen Grundwasserreserven verbraucht sein.  
Ein Drittel der Wasserreserven sind von Oberflächenverunreinigungen betroffen.

Mit Wasser sparsam umgehen.

### Umweltmedizin

Ein besonders wichtiger Bereich der Umweltpolitik ist der noch weitgehend unbekannt Zusammenhang zwischen Umweltbelastungen und bestimmten Krankheitsbildern.

Wir werden uns deshalb verstärkt der Untersuchung der gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltbelastungen, der Bestimmung von Zusammenhängen zwischen Schadstoffen und bestimmten Krankheiten und der Festlegung entsprechender Grenzwerte widmen.

Dazu werden wir ein "Hamburgisches Landesinstitut für Umweltmedizin" gründen.

Umweltschutz ist die Sache jedes einzelnen Bürgers. Wir werden das Engagement von einzelnen und von Gruppen und die Arbeit von Umweltschutzverbänden deshalb unbürokratisch fördern und einen "Umweltpreis" für herausragende Verdienste schaffen. Außerdem werden wir den "Umweltengel" weiter bekanntmachen, damit mehr Bürger ihr Kaufverhalten danach ausrichten.

Umweltmedizin vorantreiben.

Umweltschutz ist  
Bürgersache

### Energiepolitik

Energie muß sicher  
und preiswert sein

Jahrelang hat die SPD geplant, mitten in Wohngebieten neue umweltbelastende Kohlekraftwerke zu errichten. Außerdem hat sie die Energiekosten - insbesondere die Strompreise - in die Höhe getrieben (seit 1970 mehr als verdoppelt) und damit Verbraucher und Wirtschaft unnötig belastet. Steigende Erträge der HEW wurden in verstärktem Maße dazu genutzt, den Hamburger Staatshaushalt zu sanieren (630 Millionen DM seit 1981). Die anhaltende Zerstrittenheit der SPD über den Einsatz der Kernenergie hat zu zusätzlichen Irritationen geführt. Diesen energiepolitischen Irrweg werden wir verlassen. Grundsätzliche Ziele unserer Energiepolitik sind:

- Energie muß ausreichend, gesichert und preisgünstig zur Verfügung gestellt werden,
- die Energiegewinnung muß sicher und umweltschonend erfolgen und darf Mensch und Umwelt nicht mehr als unvermeidbar belasten.

Deshalb vertreten wir im einzelnen folgende Maßnahmen:

1. Im Interesse der Verbraucher werden wir den Wettbewerb verschiedener Energieträger in der Wärmeversorgung aufrechterhalten und nicht durch unnötige und bürgerfeindliche Anschlußzwänge zerstören.
2. Für die Energie- und insbesondere die Stromversorgung ist der Einsatz der Kernenergie auf absehbare Zeit unver-

Auf umweltschonende Energie  
setzen.

Wettbewerbsverzerrungen auf  
dem Energiemarkt vermeiden

zichtbar. Die Kernenergie hat den Vorteil einer umweltfreundlichen und preisgünstigen Energiequelle.

Zur Zukunft der Kernenergie vertreten wir vor dem Hintergrund der Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk von Tschernobyl folgende Positionen:

- a) Ein kurzfristiger "Ausstieg" aus der Kernenergie ist umwelt- und wirtschaftspolitisch unvertretbar und hätte auch unverantwortbare soziale Konsequenzen.
- b) Grundsätzlich muß für jede Anlage der Vorrang der Sicherheit vor der Wirtschaftlichkeit gewahrt bleiben. Sollten in einer Anlage Sicherheitsmängel festgestellt werden, die nicht vollständig beseitigt werden können, muß die Anlage abgeschaltet werden.
- c) Wir werden weiterhin alle Maßnahmen der Energieeinsparung fördern, insbesondere durch den Einsatz moderner Technik.
- c) Wir werden alle Ansätze fördern, die der Gewinnung und Nutzung neuer Energiequellen dienen. Dies setzt jedoch auch die Förderung moderner Technologien und die Unterstützung bei der Markteinführung voraus.
- e) In dem Maße, in dem es gelingt, durch Energieeinsparung und durch konkurrenzfähige, neue Energiequellen den Energiebedarf unserer Gesellschaft sicherzustellen, können wir auf fossile Energiequellen und auf die Kernenergie schrittweise verzichten.

Beim Strom beträgt der Anteil der Kernenergie in Hamburg 74 %, im Bund sind es 38 %.

Vorrang der Sicherheit vor der Wirtschaftlichkeit.

Reduzierung der fossilen Energieträger und der Kernenergie nicht ausschließen.

### Innere Sicherheit

Der Bürger kann Sicherheit verlangen

Steigende Kriminalität und sinkende Aufklärungsquote signalisieren: Die SPD bekommt das Problem der inneren Sicherheit nicht in den Griff. Die Ausrede der SPD, dies sei ein Großstadtproblem, stimmt nicht: Alle vergleichbaren Großstädte Deutschlands stehen besser da.

Tatsache ist:  
 Die Kriminalität in Hamburg steigt, während die Aufklärungsquote sinkt.  
 Zahl der Straftaten  
 1981 231.658  
 1985 252.724

Aufklärungsquote im Vergleich Hamburg/Bund

Jahr	Hamburg	Bund
1981	40,0	45,3
1985	39,3	46,7

Es gibt also politische Ursachen, z.B. das jahrelange Dulden eines rechtsfreien Raumes in der Hafenstraße und die damit verbundene Aushöhlung des Rechtsbewußtseins. Das Resultat dieser Entwicklung:

verunsicherte Bürger, weniger Lebensqualität. Dies zeigt auch: Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Wir schaffen wieder Sicherheit.

Im einzelnen:

- Wir werden die verfehlte Polizeireform korrigieren und die Kriminalpolizei wieder in die Revierwachen integrieren. Nichts fördert Aufklärungserfolge so wie Orts- und Milieukennntnis.
- Wir werden in der Hafenstraße den Rechtsfrieden wiederherstellen, Straftaten werden wir verfolgen, die Mietverträge werden wir - soweit es rechtlich möglich ist - vorzeitig kündigen. Den Jugendlichen werden wir andere Wohnungen und soziale Betreuung anbieten.
- Besser als Verbrechensbekämpfung ist Verbrechensverhütung: Wir werden deshalb Aufklärung und Beratung verbessern und

Kein Tummelplatz für Chaoten

ausbauen, insbesondere an den Schulen. In der schulischen Erziehung werden wir außerdem mehr Wert auf die Vermittlung des Respekts vor dem Leben und dem Eigentum des anderen legen.

- Um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu verbessern, werden wir mehr Fußstreifen der Polizei einsetzen.
- Die Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln werden wir durch folgende Maßnahmen erhöhen:
  - Im ersten Waggon soll ein Sichtkontakt mit dem Wagenführer möglich sein,
  - auf allen Bahnhöfen wird in den Abendstunden Personal vorgehalten,
  - die Kontrollen in den Zügen werden wir verstärken.
- Den Strafvollzug werden wir wirksamer gestalten (siehe Kapitel Justizpolitik), den Datenschutz und der Bekämpfung der Computer-Kriminalität werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen.
- Wir werden die Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei durchschaubarer machen. Die überfällige Reform der Aus- und Fortbildung der Polizei muß Teil einer Reform des Laufbahnrechts sein:
  - Wir werden die Zulassungsvoraussetzungen für den Polizeiberuf anheben (Bewerber sollen Hauptschulabschluß und abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen, Seiteneinsteiger sollen nur bei abgeschlossenem Hochschulstudium berücksichtigt werden).
  - Wir werden alle Beamten des mittleren Dienstes unter 30 Jahren an einem Fortbildungs- und Auswahllehrgang teilnehmen lassen.

Öffentliche Verkehrsmittel wieder sicher machen

Tatsache ist:  
In den öffentlichen Verkehrsmitteln wurden 1985 folgende Straftaten begangen:

Körperverletzung	175
Diebstahl/Raum	331
Sachbeschädigung	342
Sonstiges	345
Gesamt	1.193

(ohne Schwarzfahrten)

Kosten des HVV durch straffbare Handlungen und Vandalismus:  
5 Mio. DM

- Wir werden eine spartenspezifische Fachhochschulausbildung zukünftig nur noch für Führungs- und Ausbildungverwendungen im gehobenen Dienst durchführen.
- Wir werden den prüfungsfreien Aufstieg in den gehobenen Dienst auf die sachbearbeitenden Kriminalbeamten sowie die Wachhabenden der Schutzpolizei und der Wasserschutzpolizei erweitern.
- Wir werden bei der Feuerwehr den 16-Mann-Zug verwirklichen.

### Bezirksreform

Wegen ihrer Größe ist die Hamburger Verwaltung nicht nur zu teuer, sondern für den Bürger häufig auch unübersichtlich und unüberschaubar. Viele Bürger stehen hilflos vor den verschiedenen Verwaltungsebenen und dem Behördenwirrwarr. Eine Reform ist daher nicht nur aus finanziellen Gründen zwingend erforderlich (vgl. dazu Kapitel Finanzpolitik). Sie ist auch notwendig, um die bürgernahe Verwaltung sicherzustellen.

Von besonderer Wichtigkeit ist dabei die Bezirksreform, die von der SPD seit Jahren verschleppt wird. Dabei hat nicht zuletzt der Stoltzenberg-Skandal die Schwächen der Hamburger Verwaltung bloßgelegt. Zugleich belegt er die Gefahren, die durch eine falsche Behörden- und Verwaltungsorganisation entstehen. Für uns ist die Bezirksreform eine wesentliche politische Aufgabe; sie orientiert sich am Subsidiaritätsprinzip, auf dem auch die bundesstaatliche Ordnung unseres Landes beruht: d.h. Beratungen und Entscheidungen, die den Bürger betreffen, gehören für uns auf die jeweils unterste Ebene und in die kleinere Einheit - dorthin, wo Sach- und Ortskenntnis der Bürger vorhanden sind, nicht aber an den bürgernahen grünen Tisch zentraler Verwaltungen..

- Wir werden die Bezirksreform konsequent durchführen und die Bezirke deutlich stärken.

Mehr Verantwortung,  
mehr Bürgernähe  
für die Bezirksverwaltungen

- Wir werden den Bezirken Aufgaben eindeutig zuordnen. Aufgaben, die bisher noch von den zentralen Fachbehörden wahrgenommen werden, werden wir auf die Bezirksebene übertragen: Das gilt beispielsweise für die Durchführung von Sanierungs- und Stadtteilentwicklungsmaßnahmen, die Förderung der Stadtteilkultur sowie die Förderung in den Bereichen Jugend und Sport, den Bau und die Unterhaltung von Straßen, Grünanlagen und Friedhöfen.
- Wir werden die Bezirke am Gewerbesteueraufkommen beteiligen.
- Wir werden dafür sorgen, daß Bezirksbürgermeister in Zukunft mit Zweidrittel-Mehrheit gewählt werden.

Darin sehen wir - neben der Möglichkeit, Doppelarbeit abzubauen und so zu sparen - folgende Vorteile:

Kosten sparen -  
Leistungen für den Bürger  
verbessern

- Dienst- und Entscheidungswege werden verkürzt, die Arbeit der Verwaltung für die Bürger beschleunigt.
- Die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter wird durch die Zuweisung klarer Aufgaben und der entsprechenden Verantwortung für die Entscheidungen verbessert.
- Entscheidungen fallen dort, wo die entsprechende Sach- und Ortskenntnis vorhanden ist.

Mehr Mitwirkungs-  
möglichkeiten  
für den Bürger

- Eine solche Bezirksreform ermöglicht und erleichtert dem Bürger auch den Umgang mit der Verwaltung: Der Bürger kennt die Zuständigkeiten der verschiedenen Verwaltungsdienststellen, er erhält schneller eine kompetentere und in ihren Gründen nachvollziehbarere Entscheidung. Er kann sich in die Meinungsbildungsprozesse der bezirklichen Gremien einschalten und er kann seinen eigenen Sachverstand in diese Entscheidungen einbringen. Dies verhindert Entfremdung zwischen Bürger und Verwaltung und fördert als unverzichtbares Element der Demokratie die Teilnahme der Bürger am öffentlichen Leben.

Gerichtsentscheidungen  
müssen schneller fallen

Tatsache ist:  
Zahl der Asylanträge:

1982	1983	1984	1985
2.434	1.767	2.478	3.000

Erfolgsquote der Asylanträge:  
gleichbleibend niedrig bei  
3 bis 10 %.

Obwohl Hamburg nach dem Länderschlüssel nur 3,3 % der Asylanten aufnehmen müßte, liegt der Hamburger Anteil bei 7 bis 10 %.

### Justizpolitik

Unter den Versäumnissen der SPD in der Justizpolitik haben die Hamburger in mehrfacher Hinsicht zu leiden: Eine völlig überlastete Justiz kann die Flut der Verfahren nicht mehr bewältigen, auf Entscheidungen müssen die Bürger viel zu lange warten. Viele Bürger sind wegen der Zustände im Hamburger Strafvollzug verunsichert. Dies werden wir ändern: Der Bürger muß rechtzeitig zu seinem Recht kommen und in Sicherheit leben können.

Im einzelnen:

- Wir werden die Arbeit der Justiz durch den Einsatz moderner Bürotechnik und Verbesserungen im Geschäftsstellenbetrieb beschleunigen.  
Für Problembereiche werden wir zusätzliches Personal durch Umschichtung zur Verfügung stellen.
- Wir werden Asylbewerber nach Recht und Gesetz behandeln. Wer als Asylberechtigter anerkannt wird, erhält die Möglichkeit, in unserer Stadt ein neues Leben zu beginnen. Wer jedoch nicht anerkannt wird, muß das Land verlassen.
- Wir werden die Arbeits- und Sozialgerichte in die Justizbehörde eingliedern.
- Wir werden den Strafvollzug wirksamer gestalten.  
- Vollzugslockerungen und Urlaubsgewäh-

Tatsache ist:  
 Zwischen 1980 und 1984 sind  
 2.291 Häftlinge entweder ent-  
 wichen oder aus dem Urlaub etc.  
 nicht zurückgekehrt.  
 Bis zum 31.10.84 waren 336  
 davon noch nicht wieder fest-  
 genommen worden.

- rungen werden genauer geprüft, in  
 Zweifelsfällen muß die Sicherheit des  
 Bürgers den Vorrang haben.
- Alle Insassen der Haftanstalten soll-  
 ten arbeiten und die Gelegenheit zur  
 Aus- und Fortbildung erhalten.
  - Wir werden die Kriminalität innerhalb  
 der Anstalten entschlossen bekämpfen.
  - Der Grundsatz "Erziehung statt Strafe"  
 bei der Bekämpfung der Jugendkrimina-  
 lität gilt auch bei uns. Aber wir wer-  
 den nicht zulassen, daß Straftaten ju-  
 gendlicher Täter nicht mehr verfolgt  
 werden und dadurch das Rechtsbewußt-  
 sein der Jugendlichen weiter ausge-  
 höhlt wird. Für die Maßnahmen im Be-  
 reich der Diversion sind besondere Ju-  
 gendeinrichtungen zu schaffen.
  - Für jugendliche Mehrfachtäter werden  
 wir die Möglichkeiten einer gesicher-  
 ten Unterbringung mit sozialpädagogi-  
 scher Betreuung schaffen.

Sozial- und Gesellschaftspolitik

Wie in nur wenigen anderen Fällen zeigt  
 sich in der Sozialpolitik die Notwendigkeit  
 eines neuen Anfangs, der Besinnung auf die  
 eigentlichen Aufgaben der Sozialpolitik und  
 der Verbesserung ihrer Leistungen. Denn  
 trotz (oder gerade wegen) einer enormen  
 Steigerung der Sozialausgaben leben noch  
 immer Menschen am Rande der Gesellschaft,  
 beklagen manche ihre Vereinsamung und den  
 Mangel an persönlicher Zuwendung. Während  
 einige sich im sozialen Netz bequem einge-  
 richtet haben, gibt es andere, die - obwohl  
 bedürftig - nicht genug bekommen.

Hilfe für die wirklich  
 Bedürftigen verbessern

Die Familie muß  
 wieder Vorrang haben

Sozialpolitik ist für uns nicht nur Hilfe  
 für die Schwachen, sondern ein Beitrag zur  
 Schaffung gerechter Lebensverhältnisse und  
 einer Großstadt mit menschlichem Antlitz.  
 Dies setzen wir an die Stelle einer wahllo-  
 sen Verteilung von Wohltaten, die nicht fi-  
 nanzierbar sind, die den wirklich Bedürf-  
 tigen nicht zugute kommen und die die Selbst-  
 hilfekräfte lähmen.

- In der Sozialpolitik ist es angesichts be-  
 grenzter finanzieller Mittel notwendig, sie  
 ziel- und bedarfsgerecht einzusetzen; d.h.
- sich wieder auf das Notwendige zu besin-  
 nen,
  - den wirklich Bedürftigen - ihnen aber  
 auch in ausreichendem Maße - zu helfen,
  - den Gedanken der Selbsthilfe wiederzube-  
 leben und
  - den freien Kräften der Gesellschaft neue  
 Möglichkeiten der Entfaltung zu geben.

1. Familienpolitik

Die Familie ist die wichtigste soziale  
 Einheit innerhalb der Gesellschaft. Sie  
 bietet allen Mitgliedern Geborgenheit  
 und Sinnvermittlung, in ihr finden sie  
 Liebe, Zuwendung und Hilfe. Besondere  
 Leistungen erbringt die Familie für die  
 Gesellschaft in der Erziehung der Kin-  
 der. Gesellschaft und Staat müssen diese  
 Funktion der Familie respektieren und  
 ihr zugleich die Chance geben, ihre Auf-  
 gaben auch zu erfüllen.  
 Deshalb rücken wir die Förderung der  
 Familie, die bei der SPD ein kümmerli-  
 ches Dasein am Rande führt, in den Mit-  
 telpunkt unserer Sozialpolitik.

Im einzelnen:

- Wir werden die Politik der Bundesregierung zur Erleichterung der Familiengründung und zur Verbesserung des Familieneinkommens durch eigene Anstrengungen unterstützen, z.B. durch Familiengründungsdarlehen.
- Um in den wichtigen ersten Lebensjahren des Kindes einem Elternteil die intensive Betreuung des Kindes zu ermöglichen, werden wir das Bundeserziehungsgeld durch ein landeseigenes Erziehungsgeld ergänzen.
- Um Familien und werdenden Müttern in besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten unbürokratisch und schnell helfen zu können, werden wir eine Landesstiftung "Familien in Not" errichten.
- Wir werden die Kindertagesstätten als familienergänzende Erziehungseinrichtungen, die insbesondere für alleinerziehende und berufstätige Eltern zentrale Bedeutung haben, dem Bedarf und den pädagogischen Erfordernissen entsprechend ausstatten und fördern. Wir halten Einsparungen, die eine Einschränkung der erzieherischen Arbeit bewirken, für unverantwortlich.
- Eine Integration der behinderten Kinder aus den Sondertagesheimen in die Regeleinrichtungen kann nur stufenweise und bei den erforderlichen personellen und sächlichen Voraussetzungen nur in kleinen Gruppen erfolgen.
- Wir werden Einrichtungen und Maßnahmen der freien und öffentlichen Träger, die der Hilfe zur Erziehung sowie der Stärkung und Festigung der Erziehungs-

Hamburger Erziehungsgeld einführen

Erfahrungen der älteren Mitbürger nutzen

kraft der Familien dienen, besonders fördern: dazu gehören u.a. Elternschulen, Erziehungsberatung, sozialtherapeutische Gruppenarbeit, Spielplatzheime.

- Die Wohnungssituation von Familien werden wir verbessern.
  - durch ein besseres Angebot größerer Wohnungen,
  - durch Möglichkeiten für Familien, in den eigenen vier Wänden zu wohnen.
- Zur Gestaltung einer kinderfreundlichen Umwelt werden wir Spielplätze ansprechender und interessanter gestalten und zugleich Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Wohngebieten vornehmen.

## 2. Ältere Menschen

In Hamburg leben besonders viele ältere Menschen. Bisher hat sich die Sozialpolitik um ihre Lebenssituation nicht mit dem nötigen Nachdruck gekümmert. Gerade der Umgang mit älteren Menschen zeigt aber, wie es um die Humanität einer Gesellschaft bestellt ist. Die Sicherung der Renten durch die Politik der Bundesregierung ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen. Ihnen kommt auch die niedrige Inflationsrate besonders zugute, weil ihr Einkommen sich nicht mehr durch beruflichen Aufstieg verändert. Dagegen führt die Steuer- und Gebührenpolitik der SPD zu einer erheblichen Schmälerung der Einkommen der Rentner. Die Verringerung der Lebensarbeitszeit und das damit verbundene frühere Aus-



scheiden aus dem beruflichen Leben stellt die Politik für ältere Menschen vor neue Probleme. Wir wollen die Erfahrung und das Wissen der älteren Generation nutzen.

Im einzelnen:

- Wir werden für Flexibilität beim Übergang ins Rentenalter eintreten, nämlich für
    - Verringerung der Arbeitszeit und
    - gleitenden Übergang in den Ruhestand.
    - Es muß auch die Möglichkeit geben, später in Rente zu gehen.
  - Wir werden die Möglichkeiten älterer Menschen verbessern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, nämlich durch mehr
    - kulturelle Angebote auch am Nachmittag und in den Stadtteilen,
    - spezielle Angebote der Volkshochschule.
  - Wir wollen, daß Menschen im Alter in ihrer eigenen Wohnung verbleiben können. Deshalb werden wir das Netz der Sozialstationen weiter ausbauen und ihre Arbeit durch eine Grundfinanzierung sicherstellen. Außerdem werden wir den Umbau leerstehender Wohnungen in altersgerechte Wohnungen unterstützen.
- Wir wollen einen Modellversuch durchführen, bei dem mehrere ältere Menschen gemeinsam eine Pflegekraft beschäftigen.
- Familien und Selbsthilfegruppen, die ältere Menschen betreuen, werden wir unterstützen.
  - Außerdem werden wir ein Hausnotrufsystem für ältere Menschen aufbauen.
  - Wer ein Alten- oder Pflegeheim beziehen muß, hat ebenfalls einen Anspruch auf

Das Zuhause ist durch nichts zu ersetzen

Hausnotruf einführen

Chancengerechtigkeit für Behinderte

Tatsache ist:  
Die Aufwendungen für die Sozialhilfe sind in den letzten Jahren rapide gestiegen.

Sozialhilfe	Gesamtausgaben
1982:	709 Mio DM
1983:	766 Mio DM
1984:	822 Mio DM
1985:	935 Mio DM
1986:	1.045 Mio DM

Sozialhilfe ist Rechtsanspruch, nicht Almosen

menschenwürdige Behandlung und Unterbringung. Deshalb streben wir den Abbau der 6- und 4-Bett-Zimmer an.

### 3. Behinderte

Behinderte Menschen haben ein schweres Lebensschicksal zu tragen. Sie haben deshalb Anspruch auf besondere Zuwendung und Hilfe, damit auch sie am Leben der Gesellschaft teilnehmen und ihre Lebenschancen wahrnehmen können.

- Wir werden deshalb behindertengerechte Wohnungen schaffen, die ein Leben außerhalb von Heimen ermöglichen.
- Der mißbräuchliche Umgang mit dem Schwerbehindertengesetz erschwert es den Behinderten, einen Arbeitsplatz zu finden. Auch der Staat war bisher nicht Vorbild.
- Wir wollen mehr Betätigungsmöglichkeiten, z.B. im sportlichen Bereich schaffen.
- Wir werden auf behindertengerechte Zugänge zu allen öffentlichen Einrichtungen achten.

### 4. Sozialhilfe

Die Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz im Sozialstaat. Immer mehr Hamburger haben in den letzten Jahren Sozialhilfe bezogen.

Die Sozialhilfeausgaben sind deshalb stark angestiegen und haben in den letzten Jahren einen wachsenden Anteil der staatlichen Ausgaben beansprucht.

Wir wenden uns mit Nachdruck gegen Polemik und stellen fest:

Sozialhilfeempfänger leben nicht im Luxus.

Es war deshalb richtig, daß die von der CDU geführte Bundesregierung nach langen Jahren der Stagnation die Sozialhilfeleistung endlich den veränderten Bedürfnissen angepaßt hat.

Aber es muß leider auch festgestellt werden, daß Sozialhilfeleistungen mißbräuchlich beansprucht werden, was von der SPD tatenlos hingenommen wird. Wir haben hierfür kein Verständnis, denn dadurch wird Hilfe für die wirklich Bedürftigen erschwert oder sogar verhindert. Deshalb werden wir diesen Mißbrauch bekämpfen.

Wir werden dazu von den Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes Gebrauch machen und Sozialhilfeempfänger zu gemeinnützigen Arbeiten heranziehen.

Denn wir meinen: Wer Leistungen der Gemeinschaft bezieht, muß auch im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Gegenleistung erbringen.

Für seine Tätigkeit erhält der Sozialhilfeempfänger einen Anerkennungsbetrag, der nicht auf die Sozialhilfeleistungen angerechnet wird. Das gibt dem Sozialhilfeempfänger die Möglichkeit, seine finanziellen Mittel aufzubessern und in einer sinnvollen Tätigkeit neues Selbstbewußtsein zu gewinnen.

Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, muß mit Kürzungen rechnen.

Das gilt selbstverständlich nicht für diejenigen, die nachgewiesenermaßen keine dieser Tätigkeiten übernehmen können.

Leistungen durch Arbeit verbessern

Die Chancen der Ausländer verbessern

Friedlich zusammenleben

Tatsache ist:  
Die Zahl der Ausländer in Hamburg betrug Ende 1985 155.000.  
Davon waren:  
55.000 Türken  
20.000 Jugoslawen  
7.000 Portugiesen  
7.000 Griechen  
7.000 Polen  
6.000 Italiener

Das Berliner Beispiel beweist, daß mit diesem Modell dem Mißbrauch wirksam begegnet und der Anstieg der Sozialhilfeausgaben begrenzt werden kann.

#### 5. Ausländerpolitik

Die Lebenssituation vieler Ausländer in Hamburg hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit ist nur ein Beispiel dafür. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt auch künftig gerade für beruflich nicht qualifizierte Arbeitnehmer problematisch. Deshalb muß alles getan werden, damit die hier aufwachsenden Kinder von Ausländern eine gute Ausbildung bekommen. Uns alle hat betroffen gemacht, was in unserer Stadt an Ausbrüchen von Gewalt zwischen Deutschen und Ausländern geschah. Wir wollen ein spannungsfreies und friedliches Zusammenleben erreichen. Hierzu führt nur eine Ausländerpolitik, die auf drei Säulen steht: Integration, Zuzugsbegrenzung und Rückkehrförderung.

#### Integration

- verlangt angemessene Wohnverhältnisse,
- bedeutet kulturelle Identität und nicht Selbstverleugnung,
- muß für Mädchen und Frauen sorgen, die in das Spannungsfeld zwischen ihrem islamischen Kulturkreis und den Vorstellungen in einer modernen Welt geraten,
- Wir werden jedoch kein Wahlrecht für Ausländer schaffen. Wer mitbestimmen

will, soll Deutscher werden. Für Staatsangehörige aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft streben wir eine Regelung auf Gegenseitigkeit an.

#### Zuzugsbegrenzung

- ist ein Schutzinstrument für diejenigen Ausländer, die seit Jahren in der Bundesrepublik leben, denn Integration kann nur gelingen, wenn die Zahl begrenzt bleibt und die Deutschen sich nicht als Fremde im eigenen Stadtteil fühlen,
- hilft den ausländischen Hamburgern bei der Entscheidung, Kinder zu einem Zeitpunkt nach Deutschland zu holen, wo sie noch eine reelle Chance haben, sich eine schulische und berufliche Qualifikation zu beschaffen.

#### Rückkehrförderung

- ist kein Almosen und keine "Prämie", sondern die Auszahlung erworbener Ansprüche,
- ist nur möglich, wenn in Hamburg lebende Ausländer den Kontakt zu ihrem Vaterland nicht verlieren. Deshalb brauchen wir Unterricht der Muttersprache in den Schulen, Religionsunterricht, Vermittlung von Geschichte und Kultur der Herkunftsländer in den entsprechenden Schulfächern,
- gibt es nur, wenn der Rückkehrwillige sich aus freiem Willen zu diesem Schritt entscheidet,
- bedeutet Entwicklungshilfe für die wichtigsten Herkunftsländer.

Mehr Chancen für junge Leute

Jugendarbeitslosigkeit beseitigen

#### Jugendpolitik

Politik, die eine lebenswerte Zukunft gestalten will, muß der jungen Generation ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Dies hat die SPD nicht getan. Jugendpolitik wurde von ihr sträflich vernachlässigt. Hamburgs Jugendliche sind in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen, denn Hamburg hat nach Bremen die zweithöchste Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

Jugendpolitik ist eine übergreifende Aufgabe. Denn:

Für die Zukunft der jungen Generation ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ebenso wichtig wie ein leistungsfähiges Bildungswesen. Das Programm der CDU dient deshalb gerade der jungen Generation:

- Die Jugendarbeitslosigkeit wird nur beseitigt werden können, wenn die Wirtschaft zukunftssichere Arbeitsplätze schafft.  
Die Wirtschaftspolitik der CDU will gewachsene Betriebe in Hamburg halten und neue Arbeitsplätze durch die Ansiedlung neuer Firmen, beispielsweise im Medienbereich, schaffen.
- Die Finanzpolitik der CDU will Mittel freisetzen für die Ansiedlung solcher Betriebe und um die Ausbildung junger Menschen zukunftsgerecht zu gestalten.
- Die Bildungspolitik der CDU strebt die Annäherung des Bildungs- und Ausbildungswesens an die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt an. Jugendliche müssen für

Berufe ausgebildet werden, für die es auch einen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt gibt.

- Wir unterstützen die Ausbildung in überbetrieblichen Werkstätten, in denen Jugendliche mit schulischen Defiziten oder sozialen Schwierigkeiten gefördert und sozialpädagogisch begleitet werden.
- An die Nahtstelle zwischen Ausbildung und Beschäftigung der sogenannten "Zweiten Schwelle" sind differenzierte Maßnahmen erforderlich. Wir fördern die Beratung von besonderen Beschäftigungsinitiativen, die junge Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahren wollen.

Die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland hat es verdient, unterstützt und weiterentwickelt zu werden. Trotzdem stehen ihr gerade junge Menschen häufig kritisch gegenüber. Wenn unsere Demokratie eine Zukunft haben soll, müssen gerade die jungen Menschen für sie gewonnen werden.

Wir wollen jungen Menschen bessere Chancen geben.

- Ein besonders wichtiger Bereich für junge Menschen ist ihre Freizeit. Hier wollen wir kleine Jugendclubs, die eine direkte Anbindung an die Wohngebiete der Jugendlichen haben, statt der Häuser der Jugend. Darüber hinaus sollen in großen Wohnsiedlungen Jugendtreffs angeboten werden. Wichtig sind jugendgerechte Kulturangebote. Dazu brauchen wir auch den "Kulturring der Jugend". Staats- und Privatbühnen werden wir bei der Vergabe verbilligter Jugendkarten unterstützen.

Soziales Engagement fördern

Jugendkriminalität mit pädagogischen Mitteln bekämpfen

Wir werden die Möglichkeiten der in Hamburg dienenden kasernierten Wehrpflichtigen verbessern, kulturelle und Freizeitangebote wahrzunehmen. Dies soll insbesondere denjenigen Wehrpflichtigen, die aus anderen Teilen unseres Landes kommen, die Möglichkeit einer sinnvollen Freizeitgestaltung geben.

Junge Künstler müssen sowohl Möglichkeiten erhalten, in öffentlichen Räumen zu üben, als auch ihre Kunst ohne den Einsatz eigener Gelder der Öffentlichkeit präsentieren zu können.

- Soziales Engagement junger Menschen ist besonders wertvoll. Entsprechende Jugendverbände werden wir fördern und sollen Zuschüsse erhalten. Auch Sportvereine sind ein wichtiger Treffpunkt für junge Menschen. Deshalb müssen die Vereine Zuschüsse für die Beschäftigung von Übungsleitern erhalten.
- Gefährdete oder in Not geratene Jugendliche werden wir in besonderer Weise betreuen. Neben einer gezielten Politik zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit (siehe Kapitel Arbeitsmarkt) muß für arbeitslose Jugendliche eine sozialpädagogische Betreuung stattfinden.
- Problemfälle brauchen gezielte Unterstützung. Wir wollen ihnen den Einstieg oder die Rückkehr in die Gesellschaft ermöglichen.
- Jugendkriminalität darf nicht verharmlost werden. Bei Ersttätern ist die Einstellung der Verfahren nur dann sinnvoll, wenn die Staatsanwaltschaft hierin einen einmaligen Fall sieht. Erzieherische Elemente müssen im Jugend-

Die Demokratie gemeinsam weiterentwickeln

strafrecht an erster Stelle stehen. Deshalb sollte der soziale Einsatz immer dann erfolgen, wenn die Prozeßlage nicht zu härteren Maßnahmen zwingt.

Bei Wiederholungstätern kann auf eine gesicherte Unterbringung nicht verzichtet werden. Eine besonders intensive pädagogische Betreuung soll verhindern, daß sie ins kriminelle Milieu abrutschen. - Jugendheime sollen soweit wie möglich durch Jugendwohnungen ersetzt werden, in denen gezielt auf den einzelnen Jugendlichen eingegangen werden kann.

- Nach wie vor stellen Drogen ein Problem dar. Hier muß die Aufklärung und die Beratung verstärkt werden. Eine Zusammenarbeit von Sozialarbeitern und Polizei ist gerade auf diesem Sektor zu fördern. - Jugendschutz ist für uns nicht überholt. Wir sehen darin auch für die Zukunft eine wichtige pädagogische Aufgabe. Deshalb wollen wir den Jugendschutz auch wieder bei den Jugendämtern ansiedeln.

Frauenpolitik

Die im Grundgesetz verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau ist noch immer nicht alltägliche Wirklichkeit, weder in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt noch in Hamburg, weder in der Familie noch am Arbeitsplatz noch in der Gesellschaft. Es bleibt daher dauerhafte Verpflichtung, die Gleichberechtigung von Mann und Frau endlich zu realisieren. Wir müssen in dieser Frage die Fähigkeit unseres Gemeinwesens zur Reform beweisen.

Dabei steht eines fest: Dies ist keine Auf-

Tatsache ist:

a) Zahl der jugendlichen (bis 18 Jahre) Tatverdächtigen (einschl. Kinder)

1982	1983	1984	1985
8855	8351	9177	8917

b) Anteil der unter 21-jährigen Tatverdächtigen an der Diebstahlkriminalität

1982	1983	1984	1985
41,2	37,2	38,1	35,5 %

c) Anteil der Jugendlichen (bis 18 Jahre) und Kinder an der Wohnbevölkerung

1982	1983	1984	1985
18,1	16,3	25,7	16,1 %

leichberechtigung verwirklichen

gabe für den Staat oder die Parteien oder den politischen Raum allein. Der Auftrag richtet sich vielmehr an alle: an die Tarifpartner, an Entscheidungsträger in der Gesellschaft, an jeden einzelnen in seiner Familie. In allen Bereichen ist ein Bewußtseinswandel herbeizuführen.

Die Frauenpolitik der SPD zeigt eine gravierende Schwäche: Sie orientiert sich allein an der berufstätigen Frau und enthält damit bewußt oder unbewußt eine neue Rollenfixierung.

Die CDU lehnt eine Politik ab, die Frauen auf bestimmte Rollen festlegt. Frauen entscheiden selbst, wie sie ihr Leben gestalten wollen, ob Beruf, Beruf und Familie oder Familie. Solche Wahl- und Entscheidungsfreiheit setzt allerdings Gleichwertigkeit der Familienarbeit mit der Erwerbsarbeit voraus. Die Politik der Bundesregierung leistet dazu einen wesentlichen Beitrag mit dem Erziehungsgeld, der Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rente, der Ausweitung von Umschulungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen sowie der rechtlichen Besserstellung von Teilzeitarbeit.

Die Ziele Partnerschaft, Wahlfreiheit in der Lebensgestaltung und Chancengleichheit in Beruf und Gesellschaft bedingen auf vielen Gebieten noch bessere Förderungsmaßnahmen für Frauen.

Frauen selbst entscheiden lassen

Arbeitsmarktchancen verbessern

- Um die Situation der Frau auf dem Arbeitsmarkt und im Berufsleben zu verbessern, werden wir schon vor und während der Ausbildung verstärkt über neue Berufe informieren und insbesondere junge Frauen auch an bisher als "untypisch"

geltende Berufe heranzuführen, z.B. durch mehr Praktika für Mädchen in sogenannten Männerberufen.

Tatsache ist:  
Die Arbeitslosigkeit von Frauen ist in Hamburg viel stärker gestiegen als im Bundesgebiet.

Jahr	Hamburg	Bund
1981	4,9 %	6,9 %
1982	6,4 %	8,6 %
1983	8,9 %	10,1 %
1984	9,8 %	10,2 %
1985	11,7 %	10,4 %
1986 (März)	12,8 %	10,7 %

- Um der hohen Arbeitslosigkeit von Frauen wirksam zu begegnen, müssen Frauen besseren Zugang zur Technik bekommen. Das gilt für Schule, Ausbildung und berufliche Weiterbildung gleichermaßen. Mädchen und ihre Familien müssen umdenken, veränderte Berufsorientierung ist notwendig.
- Aber auch bei der Einstellung gewerblich-technisch ausgebildeter Frauen müssen noch Vorurteile in den Betrieben überwunden werden. Gezielte Fördermaßnahmen sollen dabei helfen.

Rücksicht auf berufstätige Mütter nehmen

Berufstätigen Müttern wollen wir ihre Doppelbelastung erleichtern.

- Deshalb werden wir keine Einschränkungen bei den Früh- und Spätöffnungszeiten der Kindertagesheime vornehmen, die zu Lasten berufstätiger Frauen gehen.
- Durch flexiblere Arbeitszeiten und mehr Teilzeitarbeitsplätze sollen Männer und Frauen Beruf und Familie besser vereinbaren können.
- Wir werden die Lage der Familien durch geeignete Maßnahmen verbessern (vergleiche Kapitel Familienpolitik).
- Alleinerziehenden und berufstätigen Eltern werden wir durch Spätöffnungszeiten der Behörden und durch das Angebot einer Ganztagschule in jedem Bezirk helfen.

Wir wollen Frauen, die vorübergehend aus dem Berufsleben ausscheiden, die Wiedereingliederung in den Beruf erleichtern, und zwar vor allem durch geeignete Möglichkeiten der Weiterbildung.

Wir werden deshalb die Zahl der von der Volkshochschule angebotenen Tageskurse erhöhen. Wir werden die neuen Möglichkeiten, die das Arbeitsförderungsgesetz zur Weiterbildung bietet, entschlossen umsetzen. Betriebe sollten frühere Mitarbeiterinnen verstärkt als Urlaubsvertretungen und Aushilfen heranziehen, um ihnen den Kontakt zur Arbeitswelt zu erhalten. Der öffentliche Dienst ist in besonderer Weise gefordert, berufliche Wiedereingliederungsprogramme durchzuführen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sollen besonders auch Berufsrückkehrerinnen offenstehen.

Wohnungen und Stadtentwicklung

Wohneigentum schafft  
Sicherheit

Die Wohnung gehört zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Die SPD hat in den letzten beiden Jahrzehnten die Veränderung der Wohnwünsche durchweg verkannt. Die Verhinderung der Eigentumsbildung hat die Abwanderung verschärft, in den menschenfeindlichen Großsiedlungen häufen sich die Wohnungsleerstände, einzelne Stadtteile haben sich zu Ausländervierteln entwickelt.

Gerade die Interessen der Mieter wurden vernachlässigt:

Zahlreiche Mieter der Neuen Heimat sind wegen der Wohnungsverkäufe verunsichert. Die meisten Mieter leiden unter den enorm gestiegenen Nebenkosten als Folge der Gebührenpolitik der SPD.

Wohnwünsche erfüllen  
helfen

Wir werden eine Wohnungspolitik betreiben, die sich an den Bedürfnissen und Wünschen der Bürger orientiert. So wollen wir das Wohnen in der Großstadt wieder attraktiver machen, der Abwanderung entgegenwirken und wieder mehr Bürger in die Stadt ziehen.

Im einzelnen:

- Die Lösung der Krise um die Neue Heimat ist zunächst Sache des DGB, der allein für die Mißwirtschaft die Verantwortung trägt. Um das Unternehmen und die Mieter vor weiteren Schäden zu bewahren, muß der DGB alles in seiner Macht stehende tun, um die von ihm zu vertretenden Fol-

NH-Mieter nicht im  
Stich lassen

Städtische Grundstücke  
günstig anbieten

gen einer krassen Mißwirtschaft auszuräumen.

- Wir werden mit den gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften der Stadt Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, daß diese einen Teil der Wohnungen der Neuen Heimat übernehmen. Daran muß sich selbstverständlich auch die SAGA beteiligen. So wollen wir Sicherheit für die Mieter schaffen.
- Wir werden verstärkt vom sog. sozialen Milieuschutz Gebrauch machen, um historisch gewachsene Siedlungen, in denen vor allem ältere Menschen mit geringerem Einkommen wohnen, zu erhalten. Zuerst werden wir eine solche Erhaltungssatzung für Farmsen und Hohnerkamp erlassen.
- Wir werden die Bausünden der Vergangenheit korrigieren und die Groß-Siedlungen menschlicher machen, u.a. werden wir Grünflächen besser nutzen, die Einrichtung von Läden und Handwerksbetrieben fördern und die Verkehrsanschlüsse verbessern.
- Wir werden die Eigentumsbildung insbesondere für die Bezieher kleinerer Einkommen erleichtern:  
Aus städtischem Besitz sollen Grundstücke günstig abgegeben werden, auch im sozialen Wohnungsbau sollten mehr Eigentumsmaßnahmen gefördert werden.
- Der Bestandserhaltung und Modernisierung des Wohnraums (auch durch die Mieter) werden wir den Vorrang vor dem Neubau einräumen.
- Durch Wohnumfeldverbesserungen und mehr familiengerechte Wohnungen wollen wir die Wohnsituation von Familien erleichtern und verbessern.

Wohnen muß wieder menschlicher werden

- Wir werden ein Pilotprojekt mit neuen Wohnformen für die Mehrgenerationenfamilie durchführen.
- Die Stadtentwicklung werden wir durch die Neufassung des veralteten Flächennutzungsplanes voranbringen.
- Der Stadtgestaltung werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen, z.B. durch die Bewahrung oder Wiederherstellung des Hamburg-Typischen.

Fahrpreiserhöhungen sind keine Verkehrspolitik

Tatsache ist:  
Die Fahrpreise des HVV steigen viel stärker als die Lebenshaltungskosten und die Löhne. Seit 1981 stiegen:

Jahr	Löhne	Preise	HVV-Tarife
1981	5,1	6,3	9,5 %
1982	4,6	5,3	6,3 %
1983	3,3	3,3	9,8 %
1984	3,0	2,4	8,8 %
1985	3,2	1,7	4,4 %

Gute Verkehrswege sichern Arbeitsplätze

Verkehrspolitik

In der Verkehrspolitik zeigt sich mit aller wünschenswerten Deutlichkeit die ideologische Verkrampfung der SPD. Scheingefechte gegen die "autogerechte Stadt" sollen den totalen Stillstand in der Verkehrspolitik bemänteln, unter der nicht nur der Individualverkehr, sondern vor allem auch der Wirtschaftsverkehr leidet.

Die öffentlichen Verkehrsmittel haben seit Jahren mit sinkenden Fahrgastzahlen zu kämpfen, auf die bisher nicht mit Angebotsverbesserungen, sondern mit Preiserhöhungen reagiert wurde. Die SPD hat den Stellenwert ausreichender und guter Verkehrsverbindungen für den Wirtschaftsplatz Hamburg noch immer nicht erkannt. Wir werden diesen Stillstand beseitigen und die notwendigen verkehrspolitischen Weichenstellungen vornehmen.

- Wir werden den Flughafen Fuhlsbüttel attraktiver machen. Zugleich werden wir ihn umgehend an das Autobahnnetz anbinden. Auf die Verbesserung des Lärmschutzes für die Anwohner des Flughafens werden wir ganz besonders achten.
- Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verbindung mit dem Untereißerbaum werden wir die A 26 bauen.
- Wir begrüßen die Entscheidung der Bundesregierung, die vierte Elbtunnelröhre vollständig zu finanzieren und werden dafür sorgen, daß diese Maßnahme ohne Zeitverzug durchgeführt wird.



- Die Mittel für die Substanzerhaltung von Straßen werden wir erhöhen. Unter anderem hierfür werden wir die Mittel des Sonderprogramms für die Förderung der Bauwirtschaft verwenden.
- Wir werden den ständigen Abbau von Parkplätzen, insbesondere in der Innenstadt beenden und durch die Überbauung der Südgleise am Hauptbahnhof neue Parkplätze schaffen.
- Wir werden durch den Bau der Ortsumgehung von Fuhlsbüttel und Langenhorn und der Ortsumgehung Finkenwerder die Lärm- und Abgasbelastigung der Bürger verringern, für besseren Verkehrsfluß sorgen und damit Unfallgefahren eindämmen.
- Wir werden auf "grüne Welle" umschalten und so den Schadstoffausstoß verringern.
- Wir werden Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in Wohngebieten durchführen, ihre Wirksamkeit setzt aber den Bau von Entlastungsstraßen voraus.
- Wir werden die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern und insbesondere die Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln erhöhen (vergleiche Kapitel Innenpolitik).  
Die Tarife werden nur noch im unumgänglichen Maße steigen. Zur Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des HVV werden wir ein Gutachten des Rechnungshofs anfordern.
- Bramfeld, Steilshoop und den Flughafen werden wir beschleunigt an das Schnellbahnnetz anschließen.
- Auf Brücken und Kreuzungen werden wir im Winter maßvoll Streusalz einsetzen.

Verkehr und Umwelt  
in Einklang bringen

- Zum öffentlichen Nahverkehr gehören auch die Taxen. Deshalb werden wir ihre Wettbewerbschancen im öffentlichen Nahverkehr verbessern. Soweit erforderlich werden wir ihnen weitere Aufgaben des öffentlichen Nahverkehrs übertragen.

Gesundheitspolitik

In der Gesundheitspolitik offenbart die SPD ihre Hilflosigkeit: Ein neuer Krankenhausbedarfsplan wurde jahrelang verzögert, als er dann endlich vorgelegt wurde, enthielt er keine der notwendigen Entscheidungen. Wirksame Maßnahmen gegen die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen unterblieben: Die Hamburger Krankenhäuser sind viel teurer als im Bundesdurchschnitt. Dabei fehlen immer noch Spezialbehandlungsmöglichkeiten, z.B. für Herz- und Nierenkranke.

Die vorhandenen Mittel werden von einer völlig überflüssigen Behörde (Hamburg ist das einzige Bundesland mit einer eigenen Gesundheitsbehörde) verschlungen.

Wir wollen die Bürokratie abbauen und ein am Wohl des Patienten orientiertes, leistungsfähiges, kostengünstiges und vor allem menschliches Gesundheitswesen schaffen.

Im einzelnen:

1. Für uns haben die Vorsorge, die Vorbeugung und die Früherkennung Vorrang, also die verstärkte Aufklärung über richtige Ernährung und Freizeitverhalten, die wieder intensiviertere Werbung für Vorbeugungs- und Früherkennungsmaßnahmen und die rechtzeitige Erkennung der Auswirkungen der Umwelt auf die Gesundheit des Menschen (Aufbau der Umweltmedizin vgl. Kapitel Umwelt).

Ein leistungsfähiges, kostengünstiges und menschliches Gesundheitswesen schaffen

2. Krankenhäuser

Hamburgs Krankenhäuser sind zu teuer

Tatsache ist:  
Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft der Hamburger Krankenhausverbände verursacht jeder Krankenhausfall in Hamburg Kosten, die um rund 800,-- DM über dem Bundesdurchschnitt liegen.  
Je Mitglied müssen die Krankenkassen in Hamburg bis zu 20 % mehr als im übrigen Bundesgebiet für die Krankenhauspflege aufwenden.

Spezialbehandlungsmöglichkeiten verbessern

Mehr Menschlichkeit schaffen

- Wir werden einen neuen Krankenhausbedarfsplan mit dem Ziel vorlegen, die Kosten zu verringern. Das schließt einen Bettenabbau ein. Wir werden aber ein ausreichendes Angebot von Betten für die Normalversorgung sichern und so Überbelegungsprobleme verhindern.  
Wir werden den Bestand der frei/gemeinnützigen Krankenhäuser sichern.
- Wir wollen die überlange Aufenthaltsdauer in Krankenhäusern verringern, mehr Nachsorge- und Rehabilitationseinrichtungen schaffen.
- Wir werden die Spezialbehandlungsmöglichkeiten verbessern, insbesondere den Aufbau eines operativen Herzzentrums beschleunigen, die Nierentransplantationskapazitäten erweitern und die Behandlungsmöglichkeiten für Rheumakranke verbessern.
- Zur Behandlung akuter Schmerzkrankheiten werden wir zwei Schmerzkliniken errichten.
- Wir werden mehr Menschlichkeit im Krankenhaus schaffen:
  - Für uns haben kleinere Einheiten den Vorrang vor Mammutkliniken,
  - wir wollen freundlichere Krankenzimmer mit eigener Sanitärzone einrichten,
  - wir wollen die Weckzeiten und die Waschzeiten dem normalen Lebensrhythmus anpassen,
  - wir wollen flexiblere Besucherregelungen schaffen,

- wir wollen die Elternmitaufnahme er-möglichen
- und wir wollen Selbsthilfegruppen der Patienten fördern.
- Wir werden eine Diabetikerschulung für Diabetespatienten aufbauen, damit sie sich besser selbst versorgen können.
- Wir werden die Fachaufsicht über die Krankenhäuser zur Vermeidung von ähnlichen Fällen wie im AK Barmbek verbessern.

### 3. Tierschutz

Tierschutzbeauftragten benennen

- Wir werden den Tierschutz verbessern.
- Wir werden einen Tierschutzbeauftragten benennen und eine Datenbank von Tierversuchen (zur Vermeidung von Doppelversuchen) errichten
- sowie die Anwendung alternativer Methoden anstelle von Tierversuchen fördern.

### Sportpolitik

Breiten- und Leistungs-sport wirksam unterstützen

Eine wichtige Rolle für die Gesunderhaltung und Gesundheitsvorsorge spielt die sportliche Betätigung. Es ist deshalb wichtig, möglichst viele unserer Mitbürger zum aktiven Sport anzuregen und die Möglichkeiten dafür zu verbessern.

Eine Metropole wie Hamburg muß aber neben dem Breitensport auch den Spitzen- und Leistungssport entschlossen fördern, zumal gerade von sportlichen Spitzenleistungen erhebliche Anreize für den Breitensport ausgehen. Leider drohen sportliche Großveranstaltungen an Hamburg vorbeizugehen, weil das Volksparkstadion zumindest im Moment sich noch in einem unbefriedigenden Zustand befindet und weil vor allem nach wie vor eine ausreichend große Halle für Hallenveranstaltungen fehlt. Die SPD redet zwar seit Jahren von einer solchen Halle, geschehen ist bisher aber noch nichts. Wir wollen dies ändern und Hamburg auch zu einer Metropole des Sports machen.

Im einzelnen:

- Wir werden so schnell wie möglich den lange überfälligen Sportstättenleitplan vorlegen.  
Die Modernisierung und Substanzerhaltung vorhandener Sportanlagen werden wir in einem Mehrjahresprogramm fördern.
- Die Tätigkeit der Sportvereine werden

Zuschüsse für Übungsleiter erhöhen

wir durch die Gewährung höherer Übungsleiterzuschüsse sichern.

- Besonders begabte Sportler sollen durch Hilfen und Zuschüsse in Hamburg gehalten werden.
- Um Hamburgs Stellung als Metropole des Sports zu sichern, werden wir das Volkspark-Stadion auf den modernsten Stadionstandard bringen.
- Außerdem streben wir den Bau einer Mehrzweckhalle für sportliche und nicht-sportliche Großveranstaltungen unter Beteiligung privater Investoren an.
- Der Wasserpark Dove-Elbe wird weiter zügig ausgebaut werden.
- Wir werden beim Bau von Sportanlagen besonders darauf achten, daß kein Konflikt zwischen dem Sport und dem Umweltschutz auftritt. Soweit dies in der Vergangenheit mißachtet wurde, werden wir durch den nachträglichen Einbau schalldämpfender Maßnahmen den Sportbetrieb auf den vorhandenen Anlagen sichern.
- Die Hamburger Hallen- und Freibäder müssen attraktiver gestaltet werden und ein umfangreiches Freizeitangebot für alle Hamburger, insbesondere die Familien machen.

Wir werden uns daher dafür einsetzen, daß endlich auch in Hamburg ein großes Familien-Freizeit-Bad eingerichtet wird. Entsprechende Vorstellungen privater Investoren werden wir intensiv unterstützen.

Endlich eine Halle für Großveranstaltungen bauen

### Kulturpolitik

Das Kulturzentrum sichern und ausbauen

Zwei Entwicklungen haben die Bedeutung der Kulturpolitik in den vergangenen Jahren erhöht:

- zum einen ist die Nachfrage nach kulturellen Angeboten gestiegen, vor allem durch die Zunahme der dem einzelnen Bürger zur Verfügung stehenden Freizeit;
- zum anderen wird immer häufiger das örtliche Kulturangebot als ein wichtiges Merkmal der Standortqualität eines Wirtschaftsplatzes angesehen.

Beide Tendenzen werden sich zukünftig noch verstärken. Andere deutsche Städte haben bereits darauf reagiert und durch eine gewandelte Kulturpolitik die Ausweitung und Anreicherung ihres kulturellen Angebots ermöglicht. Die in Hamburg regierende SPD hat diese Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Hamburger Kulturpolitik hat bis jetzt unter sozialdemokratischer Gleichgültigkeit und überforderten Senatoren gelitten.

Dies werden wir ändern: Wir wollen eine breite und lebendige, über die Grenzen Hamburgs hinaus, ja international ausstrahlende Kulturlandschaft gestalten, wie sie allein einer Weltstadt angemessen ist.

Allerdings: auch wenn wir den Anteil des Kulturretats an den Gesamtausgaben unserer Stadt schrittweise erhöhen wollen, so ergibt sich aufgrund der in Hamburg nach langer SPD-Mißwirtschaft besonders knappen Mittel doch auf längere Zeit der Zwang, sich auf eine begrenzte Zahl von Vorhaben

zu konzentrieren. Das heißt jedoch nicht, daß für einzelne Spitzen- und Mammutprojekte Ausgaben solchen Umfanges gemacht werden dürften, daß dadurch für andere kulturelle Aktivitäten, besonders solche, die eine breitere Beteiligung interessierter Bürger ermöglichen (Stadtteilkultur!), ein Stillstand einträte.

Im einzelnen:

- kulturinstitutionen, die überregionale Wirkung entfalten sollen, also vor allem Theater, Oper, Orchester und Museen, brauchen eine gesicherte Perspektive für ihre Arbeit und die Chance der Kontinuität. Damit verträgt sich kein alljährlich erneut ausbrechender Streit um die finanziellen Mittel. Wir werden daher die Gelder bewilligen, die notwendig sind zur Realisierung von künstlerischen Programmen, die über das Haushaltsjahr hinausreichen.
- Wir werden die Anschaffungsetats der Museen erhöhen, damit diese in der wachsenden Konkurrenz mit den Museen anderer Städte bestehen können.
- Wir werden die Hamburger Museumslandschaft außerdem um ein Museum für zeitgenössische Kunst ergänzen und die Ausstellungsmöglichkeiten für Hamburger bildende Künstler verbessern und vermehren,
- Der Denkmalschutz leidet seit Jahren unter zu knapp bemessenen Finanzmitteln. Das werden wir ändern, um vor allem die umweltbedingten Schäden an Denkmälern besser beseitigen zu können.
- Der Denkmalschutz leidet seit Jahren unter zu knapp bemessenen Finanzmitteln. Das werden wir ändern, um vor allem die

Bildende Kunst stärker fördern

umweltbedingten Schäden an Denkmälern besser beseitigen zu können.

- Wir werden dafür sorgen, daß die Bibliotheken die Mittel erhalten, die sie in die Lage versetzen, sowohl mit der stetig wachsenden Buchproduktion als auch der steigenden Lesefreude der Bürger Schritt halten zu können. Mehr noch als bisher werden wir die öffentlichen Bücherhallen als Kulturzentren der Stadtteile nutzen.
- Wir wollen die Stadtteile durch eine Vermehrung der kulturellen Angebote beleben. Die lokalen Vereine und Initiativen, welche sich dieser wichtigen Aufgabe annehmen, wollen wir organisatorisch (etwa durch Beschaffung von Räumlichkeiten) und nach Kräften auch materiell unterstützen.
- Die Großstadt muß Platz für kulturelle Innovation bieten. Deshalb werden wir Mittel bereitstellen für freie Theatergruppen, für experimentelles Theater der Staatsbühnen und ähnliche Neuerungsbestrebungen in anderen Kunstsparten.
- Ebenfalls haben reine Vergnügungsveranstaltungen ihren Platz im Kulturprogramm unserer Stadt (wie etwa das Alstervergnügen). Private Initiativen auf diesem Gebiet werden wir gern fördern.

Sparsamkeit bei Theatern

Von allen, die Zuschüsse erhalten, erwarten wir strengste Sparsamkeit. Wir werden nicht dulden, daß Haushaltspläne nicht eingehalten werden. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, daß das private Mäzenatentum steuerlich erleichtert

wird, damit mehr finanzielle Mittel auch aus privater Hand in die Förderung von Kunst und Kultur fließen.